

# Tätigkeitsbericht 2009



Vorwort		5
I. Schwerpunkte und Highlights im Arbeitsjahr 2009		7
I/a	<i>Kommunale Fach- und Bildungsreisen in die Tschechische Republik</i>	7
I/b	<i>Kommunale Sommergespräche 2009 in Bad Aussee</i>	7
I/c	<i>56. Gemeindetag in Lech</i>	8
I/d	<i>Bürgermeisterreise zur schwedischen Ratspräsidentschaft</i>	8
I/e	<i>Schwerpunkt Bildung, Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft</i>	9
I/f	<i>Symposion „Verpflichtendes Vorschul- bzw. Kindergartenjahr“</i>	9
II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2009		11
II/a	<i>Gemeindefinanzen</i>	11
II/b	<i>Schwerpunkte der Antrittsbesuche bei einzelnen Mitgliedern der neuen Bundesregierung</i>	19
II/c	<i>Legistik</i>	22
II/d	<i>Weitere inhaltliche Schwerpunkte und Projekte</i>	28
II/e	<i>Europäische Schwerpunkte</i>	37
II/f	<i>Presse</i>	41
III. Die Organisation des Österreichischen Gemeindebundes		49
III/a	<i>Gremien und Organe des Österreichischen Gemeindebundes aufgrund des neuen Vereinsstatuts</i>	49
III/b	<i>Chronik der Organsitzungen 2009</i>	54
III/c	<i>Österreichischer Gemeindebund Service GmbH</i>	56
III/d	<i>Kommunalkredit Austria AG</i>	57
III/e	<i>Generalsekretariat in Wien und Brüssel</i>	58
IV. Informations- und Serviceteil		59
IV/a	<i>Ehrentafel (Beschluss-Stand Dezember 2009)</i>	59
IV/b	<i>Trauer</i>	61
IV/c	<i>Die Landesverbände des Österreichischen Gemeindebundes</i>	62
IV/d	<i>Der Österreichische Gemeindebund</i>	65



## Vorwort

### *Werte Leserin, werter Leser!*

Das Jahr 2009 war geprägt von den Folgen der 2008 ausgebrochenen Finanz- und Wirtschaftskrise. Für die Gemeinden waren und sind diese Folgen überaus unerfreulich und verlangen zum Teil drastische finanzielle Einschnitte. Rund 400 Millionen Euro haben die Kommunen 2009 allein aus den Ertragsanteilen des Bundes verloren, die Anzahl der Abgangsgemeinden hat sich 2009 deutlich erhöht und wird auch 2010 weiter steigen. Die daraus zwangsläufig resultierenden Einsparungen und Kürzungen betreffen viele Bereiche und sind für die Bürgerinnen und Bürger zum ersten Mal seit mehreren Jahren deutlich spürbar. Mit der Reformarbeit an der Struktur des Finanzausgleichs und der Mitarbeit am Stabilitätspfad für die nächsten Jahre engagiert sich der Gemeindebund sehr intensiv für die finanzielle Absicherung der Gemeinden. Klar ist aber: Ein System der sinkenden Einnahmen und der steigenden Auf- und Ausgaben kann dauerhaft nicht funktionieren.

Im Schatten der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise sollen aber die positiven Höhepunkte des Jahres 2009 nicht in Vergessenheit geraten. Die erfolgreiche Positionierung des Gemeindebundes am nationalen politischen Parkett, das die Bedeutung der Gemeinden immer weiter anhebt. Der 56. Österreichische Ge-

meindetag in Lech am Arlberg, der gezeigt hat, welche große Leistungen auch kleine Gemeinden erbringen können. Mehr als 2.000 Kommunalpolitiker/innen haben daran teilgenommen und dafür gesorgt, dass an diesem kommunalpolitischen Highlight des Jahres niemand mehr vorbei sehen kann. Oder auch die „Kommunalen Sommergespräche 2009“ in Bad Aussee, die inzwischen zum Fixpunkt in den Terminkalendern der Wirtschafts- und Politikelite unseres Landes geworden sind. Es ist der Gemeindebund, der dort immer wieder die Zukunftsprobleme Österreichs – mit Folgen auch für die Gemeinden - mit aller Deutlichkeit aufzeigt. Im Sommer 2010 werden wir bei den Sommergesprächen übrigens das Thema „Haben die kleinen Gemeinden noch eine Chance?“ aufgreifen. Ich freue mich, wenn Sie in Bad Aussee unser Gast sind.



Dieser Tätigkeitsbericht dokumentiert in den wichtigsten Bereichen die Schwerpunkte der Arbeit des Österreichischen Gemeindebundes. Er ist Zeugnis und Arbeitsnachweis für die Funktionäre und Mitarbeiter. Unsere Arbeit, die ausschließlich dem Wohl der Gemeinden dient, kann aber nur dann erfolgreich sein,

wenn sie von vielen Menschen mitgetragen und gelebt wird. Ohne die enge Zusammenarbeit mit den Landesverbänden könnte der Gemeindebund auf Bundesebene nicht so eine wichtige Rolle spielen. Ohne die Anregungen und das Engagement vieler Bürgermeister/innen wären wir nicht so eine kleine und schlanke, aber umso überzeugendere Interessensvertretung. Mein Dank gilt an dieser Stelle allen,

die täglich dazu beitragen, dass wir für die Gemeinden und ihre Bewohner vieles erreichen können.

Ich wünsche Ihnen eine angeregte und informative Lektüre des vorliegenden Tätigkeitsberichtes und freue mich auf die Zusammenarbeit im Jahr 2010, in dem wir viel Kraft, das Engagement und die Mitarbeit aller brauchen.

Mit besten Grüßen

**Dr. Robert HINK**  
Generalsekretär des Österreichischen  
Gemeindebundes

## I. Schwerpunkte und Highlights im Arbeitsjahr 2009

Die folgende Darstellung von Schwerpunkten des Jahresprogrammes des Österreichischen Gemeindebundes lehnt sich im Wesentlichen an die zeitliche Abfolge der Programmpunkte an:

### **I/a Kommunale Fach- und Bildungsreisen in die Tschechische Republik**

---

Die erste der Bürgermeisterreisen in die EU-Hauptstädte führte im Mai 2009 in die Tschechische Republik.

Diese kommunale Bildungsreise nach Südböhmen und Prag erfolgte in Zusammenarbeit mit dem OÖ Gemeindebund, der rege Kontakte zum südböhmischen Städte- und Gemeindeverband unterhält. So konnte am ersten Tag der Reise im malerischen Hluboká eine Diskussionsveranstaltung mit den Kollegen des südböhmischen Kommunalverbandes zum Thema Daseinsvorsorge veranstaltet werden. Am Folgetag sah das Programm in Prag einen Besuch beim Präsidenten des tschechischen Senates und beim erst kürzlich angelobten Minister für Regionalentwicklung vor. Ein Gedankenaustausch mit dem Schwesterverband, dem Tschechischen Städte- und Gemeindebund sorgte dafür, dass die Reise auch ihrem Anspruch gerecht wurde, vor allem die Kontakte zu den Schwesterverbänden aufzubauen und zu intensivieren.

### **I/b Kommunale Sommergespräche 2009 in Bad Aussee**

---

Zum bereits vierten Mal fanden Ende Juli die Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee statt, die der Gemeindebund gemeinsam mit der Kommunkredit Austria veranstaltet. Unter dem Motto „Mehr Privat – weniger Staat?“ diskutierten an insgesamt drei Tagen rund 250 Politiker, Wissenschaftler, Experten und Wirtschaftskapitäne über die Anforderungen, die die Gesellschaft an den Staat stellt. Wer soll was erledigen? Wer soll das alles bezahlen? Welche Aufgaben liegen in der Eigenverantwortung der Menschen, bei welchen Aufgaben ist der Staat gefordert? Das waren nur einige der brennenden Fragen bei diesem „Alpbach für Kommunen“ in Bad Aussee. Moderiert von ORF-Anchorman Gerald Gross waren u.a. Kurt Scholz, die Motivforscherin Helene Karmasin, der bekannte Industrielle Claus Raidl, Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer, der Publizist Christian Ortner, Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka, Landesrätin Johanna Mikl-Leitner und die Gastgeber Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer und Kommunkredit-Chef Alois Steinbichler zu Gast. Die Kommunalen Sommergespräche, deren „Erfinder“ Gemeindebund-Generalsekretär Robert Hink ist, haben sich zu einem Fixpunkt in den Terminkalendern des Sommers vieler Spitzenpolitiker und Führungskräfte des Landes entwickelt. In einer eigenen

Sonderbeilage der Fachzeitschrift KOMMUNAL sowie in zahlreichen Medienbeiträgen wurden die Ergebnisse danach auch veröffentlicht.

### **I/c 56. Gemeindetag in Lech**

---

Der 56. Österreichische Gemeindetag fand am 10. und 11. September 2009 in der Vorarlberger Gemeinde Lech am Arlberg statt. Rund 2.000 Gemeindevertreter/innen hatten die – teils weite – Reise nach Vorarlberg angetreten, um dort unter dem Motto „Natur erleben – Kultur schaffen“ über aktuelle kommunalpolitische Themen zu diskutieren. Inzwischen schon traditionell ist der Österreichische Gemeindetag ein innenpolitisches Ereignis ersten Ranges, seit Jahren ist der Bundespräsident Gast der Kommunalpolitik und spricht zu den Delegierten. Auch zahlreiche Spitzenpolitiker der Bundes- und Landespolitik ließen es sich nicht nehmen, den Gemeindevertretern ihre Aufwartung zu machen. So waren u.a. Umweltminister Niki Berlakovich und Innenministerin Maria Fekter am Arlberg zu Gast, selbstverständlich begrüßte auch Landeshauptmann Herbert Sausgruber die Delegierten in seinem Heimatland. Das Medienecho war auch in diesem Jahr gewaltig hoch, besonders die Tatsache, dass eine so kleine Gemeinde wie Lech eine so große Veranstaltung organisieren und bewältigen konnte, beeindruckte das Publikum. Für 2010 ist der 57. Österreichische Gemein-

detag schon für den 9. und 10. September in der steiermärkischen Landeshauptstadt Graz fixiert.

### **I/d Bürgermeisterreise zur schwedischen Ratspräsidentschaft**

---

Im Oktober 2009 unternahm eine große Delegation kommunaler Mandatarinnen und Mandatare gemeinsam mit Spitzenvertretern des Gemeindebundes eine Fach- und Bildungsreise nach Stockholm und Södertälje.

In Schweden lag der Schwerpunkt des Informationsangebotes und Gedankenaustausches bei der kommunalen Selbstverwaltung und der Gemeindefinanzierung. Dank der Präsentationen durch den Bürgermeister der Stadt Södertälje und durch Vertreter des Schwedischen Kommunalverbandes haben sich die österreichischen Gemeindevertreter ein lebendiges Bild des so genannten „schwedischen Modells“ machen können. Dabei wurde deutlich, dass sich Österreich und seine Gemeinden vor allem im Sozialbereich mit den besten Ländern Europas messen kann.

Wegen des großen Erfolges werden trotz des durch den Vertrag von Lissabon geänderten Systems der Ratspräsidentschaft die Bildungsreisen in die Vorsitzländer weitergeführt werden. Vom 6. bis 8. Mai 2010 werden kommunale Mandatare



gemeinsam mit Spitzenvertretern des Gemeindebundes eine Reise in die spanische Hauptstadt Madrid unternehmen, vom 14. bis 16. Oktober wird die Bildungsreise in die EU-Hauptstadt Brüssel führen.

### **I/e Schwerpunkt Bildung, Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft**

---

Im Vorfeld der Kommunalen Sommergespräche fand heuer zum zweiten Mal die „Kommunale Bildungskonferenz“ im Rahmen des Projekts „Netzwerk Bildung“ unter dem Vorsitz des Österreichischen Gemeindebundes statt.

Diese Plattform zum Austausch von Bildungslaufbahnen im kommunalen Bereich hat sich zum Ziel gesetzt, durch informelle Kooperation schrittweise einen kommunalen Standard für die Ausbildung der Mitarbeiter und Funktionäre zu erzielen. Dies geht einher mit der Forderung der Verwaltungsreform, die diversen Ausbildungscurricula im öffentlichen Dienst zu harmonisieren. Ein Schwerpunkt der diesjährigen Tagung war das Wissensmanagement. Im Zuge dieser Bildungskonferenz fand auch eine Zusammenkunft der Proponenten für die Gründung einer „Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft“ statt.

Diese Gesellschaft konstituierte sich schließlich am 4. November 2009 als Verein, an der sich der Österreichische

Gemeindebund, der Österreichische Städtebund und der Verlag Manz ebenso aktiv einbrachten, wie namhafte Wissenschaftler, die auf diversen Universitäten kommunal relevante Materien unterrichten. Die Tätigkeit der KWG ist nicht auf Gewinn gerichtet. Als Zweck wurde vor allem die Förderung und Steigerung der Leistungen in der wissenschaftlichen Forschung in Bezug auf Kommunen in allen relevanten Wissenschaftsdisziplinen auf internationaler, europäischer, innerstaatlicher und rechtsvergleichender Ebene festgesetzt. Dies unter anderem durch Projekte und Veranstaltungen, die auch bisher schon vom Gemeindebund wahrgenommen wurden, etwa die Auslobung kommunalwissenschaftlicher Preise oder die Veranstaltung wissenschaftlicher Tagungen zur interdisziplinären Behandlung kommunaler Themen und Entwicklungen.

### **I/f Symposium „Verpflichtendes Vorschul- bzw. Kindergartenjahr“**

---

Erstmals trat die Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft durch das Abhalten einer wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Verpflichtendes Vorschul- bzw. Kindergartenjahr“ am 5. November 2009 in Erscheinung.

Bei diesem hochkarätig besetzten Symposium trafen Kommunalpolitiker im Beisein von Michael Häupl und Helmut Mödlhammer auf Spitzenvertreter der

Universitäten und Wissenschaften, um zu klären, welche rechtlichen und praktischen Folgen die derzeitigen Entwicklungen in der Kinderbetreuung auch für die Gemeinden haben. Unter dem Vorsitz von Univ. Prof. Dr. Reinhard Resch wurde dabei auch der Wissenschaftspreis des Gemeinde- und Städtebundes vergeben,

insgesamt vier junge Forscherinnen und Forscher wurden für ihre herausragenden Arbeiten ausgezeichnet. Kurz zuvor hatte sich die Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft, ebenfalls unter dem Vorsitz von Resch, konstituiert, sie soll künftig den Gemeindebund in seiner Forschungstätigkeit unterstützen.

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2009

### II/a Gemeindefinanzen

#### **1 Gemeinschaftliche Bundesabgaben und Abgabenerfolg 2009**

Der weltweite Einbruch des Außenhandels und der Industrieproduktion im Jahr 2009 hat auch Österreich in eine Rezession geführt. Die österreichische Wirtschaft schrumpfte im Jahr 2009 um real -3,4 % (EU-Durchschnitt -3,9 %). Ab Mitte des Jahres 2009 konnte sich die Konjunktur dank internationaler und nationaler Maßnahmen etwas stabilisieren. Zur Hebung der heimischen Investitionsbereitschaft und zur Ankurbelung des Konsums hat die Bundesregierung folgende signifikante Maßnahmen beschlossen.

#### Teuerungsabfederungsmaßnahmen

Schwerpunkte waren die Einführung einer 13. Familienbeihilfe und die Senkung der Umsatzsteuer für Medikamente auf 10%.

#### Konjunkturpaket 2008

Im Oktober 2008 wurde mit dem Konjunkturpaket 2008 die sogenannte „Mittelstandsmilliarde“ beschlossen. Damit sollen Wachstumsimpulse gesetzt und Unternehmensinvestitionen forciert werden.

#### Konjunkturpaket 2009

Im November 2008 wurde das Konjunkturpaket 2009 beschlossen, dessen Schwerpunkte im Investitionsbereich liegen. Es beinhaltet folgende Maßnahmen:

vorzeitige Abschreibung, Infrastrukturinvestitionen (Vorziehen von Bauprojekten der Bundesimmobiliengesellschaft), Anreize zur thermischen Sanierung, regionale Beschäftigungsinitiative, zusätzliche Mittel für Forschung und Entwicklung sowie das kostenlose Kindergartenjahr.

#### Steuerreform 2009

Die vom Nationalrat rückwirkend per 1.1.2009 beschlossene Steuerreform 2009 sieht folgende Änderungen vor:

- Deutliche Senkung des Einkommen- und Lohnsteuertarifes
- Erhöhung des monatlichen Kinderabsetzbetrages von 50,9 Euro auf 58,4 Euro
- Anhebung der Steuerfreigrenze von 10.000 Euro auf 11.000 Euro
- Einführung eines Kinderfreibetrages von 220 Euro jährlich
- Ausweitung des Freibetrages für investierte Gewinne
- Abschaffung der begünstigten Besteuerung nicht entnommener Gewinne
- Steuerliche Absetzbarkeit von Spenden für mildtätige Zwecke
- Anhebung des Maximalbetrages der steuerlichen Absetzbarkeit von Kirchenbeiträgen von 100 Euro auf 200 Euro

Dazu wurden noch die Verschrottungsprämie eingeführt und die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten beschlossen.

### Budgetäre Effekte

Die budgetären Effekte aller nationaler Stabilisierungspakete belaufen sich für die Gebietskörperschaften (also Bund, Länder und Gemeinden) auf rund 4,1 Mrd. Euro für das Jahr 2009 und auf rund 5,1 Mrd. Euro für das Jahr 2010. Die Gebietskörperschaften leisten bei allen abgabenrechtlichen Maßnahmen, die zu Aufkommensminderungen führen, entsprechend den im FAG 2008 geregelten Anteilen (einheitlicher Verteilungsschlüssel) ihren Beitrag.

Diese Konjunkturbelebungsprogramme haben bereits ab der Jahreshälfte 2009 einen Stabilisierungseffekt erkennen lassen. Infolge erwarten die Wirtschaftsforscher für die Jahre 2010 und 2011 für Österreich ein reales Wirtschaftswachstum von 1,5 % (2010) bzw. 1,6 (2011).

Der Konjunkturreinbruch hat sich – wenn auch mit zeitlichen Verzögerungen – auf das Aufkommen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben ausgewirkt, wie der nebenstehenden Tabelle (Seite 13) zu entnehmen ist.

Die **Umsatzsteuer** entwickelte sich annähernd proportional zum privaten (auch zum öffentlichen) Konsum. Lohnabschlüsse aus 2008, die Steuerreform 2009 (Tarifreform) und familienpolitische Maßnahmen (z. B. 13. Familienbeihilfe) sowie das Nachlassen des Preisauftriebes haben im Jahr 2009 die verfügbaren Einkommen ge-

stärkt. Der private Konsum hat davon profitiert. Der moderate Rückgang bei der Umsatzsteuer von -1% ist größtenteils auf vom Nationalrat im September 2008 beschlossenen Teuerungsabfederungsmaßnahmen – wie z.B. die Halbierung des Steuersatzes auf Medikamente (Minderaufkommen Umsatzsteuer: rund € 450 Mio.) zurückzuführen.

Für das Jahr 2009 rechnet das WIFO mit einer Ausweitung des Konsums um real 0,4%, womit das Umsatzaufkommen gegenüber 2008 keinen spürbaren Rückgang erleiden dürfte. Unter diesen Vorzeichen ist der Zuwachs an Umsatzsteuer im Zeitraum Jänner bis April 2009 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2008 von 3,2% zu sehen.

Das **Lohnsteueraufkommen** schlägt sich zwar gegenüber dem Vorjahr mit einem Rückgang von rund □ 1,4 Mrd. oder rund -6,6 % zu Buche, die rückwirkend mit 1.1.2009 beschlossene Tarifreform mit einer Aufkommensminderung von rund □ 2,1 Mrd. im Jahr 2009 hat damit die Schmälerung des Lohnsteueraufkommens ausgelöst. Das Gesamtjahresaufkommen 2009 war durch die Anzahl der Beschäftigten und der Höhe der Lohnabschlüsse bestimmt.

Die **Werbebranche** war vom Wirtschaftsabschwung ebenfalls voll erfasst, was sich im Rückgang der Werbeabgabe mit -7,5 % bemerkbar machte.

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2009

Abgabenart	2008	2009	+/- %	Gemeindeanteil FAG 2008 in % <sup>1)</sup>
Einkommensteuer	2.741,78	2.605,40	-5,0	11,711
Lohnsteuer	21.308,44	19.897,47	-6,6	11,711
KES I	1.572,89	1.144	-27,2	11,711
KES II	2.176,43	1.870,76	-14,1	11,711
Körperschaftsteuer	5.934,42	3.834,25	-35,4	11,711
Erbsch.- u. Schenk.St.	142,67	116,03	-18,7	11,711
Bodenwertabgabe	5,64	5,48	-2,8	96,000 <sup>2)</sup>
Umsatzsteuer	21.853,08	21.628,28	-1,0	11,711
Tabaksteuer	1.424,49	1.457,6	2,3	11,711
Biersteuer	189,58	193,40	2,0	11,711
Mineralölsteuer	3.893,94	3.800,39	-2,4	11,711
Alkoholsteuer	123,98	129,86	4,7	11,711
Kapitalverkehrssteuern	88,94	90,78	2,1	11,711
Werbeabgabe	114,02	105,48	-7,5	86,917 <sup>2)</sup>
Energieabgabe	709,09	655,33	-7,6	11,711
Normverbrauchsabgabe	471,89	437,00	-7,4	11,711
Gründerwerbsteuer	651,63	623,18	-4,4	96,000 <sup>2)</sup>
Versicherungssteuer	1.021,79	1.033,37	1,1	11,711
Motorbez. Vers.St.	1.474,79	1.520,83	3,1	11,711
KFZ-Steuer	77,17	68,38	-11,4	11,711
Konzessionsabgabe	215,18	231,88	7,8	11,711
Kunstförderungsbeitrag	16,63	16,85	1,3	11,711
<b>Summe</b>	<b>66.272,52</b>	<b>61.466,37</b>	<b>-7,2</b>	<b>-</b>

Gemeinschaftliche Bundesabgaben – Abgabenerfolg 2008 und 2009. Angaben in Mio. Euro.

<sup>1)</sup> Seit 1.1.2008 beträgt der einheitliche Anteilsschlüssel der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 11,711 %.

<sup>2)</sup> Unveränderter Verteilungsschlüssel bei diesen Abgaben.

Der Wirtschaftskrise voraus ging die Krise am Immobilienmarkt in den USA, die auch in Österreich spürbar wurde, wie dies am Einbruch bei der **Grunderwerbsteuer** (-4,4%) gut abzulesen ist. Aus kommunaler Sicht ergibt sich durch die hohe Beteiligung der Gemeinden an der Grunderwerbsteuer in Höhe von 96% eine besonders negativer Effekt.

Gewinnabhängige Abgaben wie die **Einkommensteuer** und vor allem die **Körperschaftsteuer** sind naturgemäß am stärksten von der negativen Konjunktorentwicklung betroffen.

Eine ähnlich negative Entwicklung des Aufkommens wie bei der Körperschaftsteuer ist auch bei der **Kapitalertragsteuer I** (-27,2%) zu beobachten. Da diese Abgabe von den Ausschüttungen der Kapitalgesellschaften und somit von deren Gewinnen abhängt, ist der Rückgang erklärbar.

Die Rückgang der **Kapitalertragsteuer II** (-14%) ist auf das niedrige Zinsniveau zurückzuführen.

Die Aufkommen einiger **Verbrauchssteuern**, wie z.B. der **Tabaksteuer**, der **Biersteuer** oder der **Alkoholsteuer**, verzeichnen hingegen leichte Zuwächse, was auf eine gewisse Konjunkturunabhängigkeit im Verbrauch dieser Produkte schließen lässt. Die Bemessungsgrundlage bei Mengenabgaben ist der Steuersatz je Mengeneinheit. Die aufkommenstärkste Mengenabgabe (Verbrauchssteuer) – nämlich die **Mineralölsteuer** – war mit -2,4% aber leicht rückläufig.

## 2. Kassenmäßige Ertragsanteile 2008 und 2009

Die Mindereinnahmen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben trübten auch das Aufkommen der kassenmäßigen Ertragsanteile im Jahr 2009 gegenüber 2008, wie dies die folgende Übersicht zeigt.

In 1.000 Euro	2008	2009	%
Burgenland	207.067	193.491	-6,6
Kärnten	517.607	476.878	-8,0
Niederösterreich	1.304.175	1.236.165	-5,3

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2009

In 1.000 Euro	2008	2009	%
Oberösterreich	1.257.143	1.182.161	-4,1
Salzburg	556.702	517.652	-7,2
Steiermark	1.017.930	952.824	-6,5
Tirol	680.192	645.595	-5,2
Vorarlberg	363.113	345.272	-5,2
Wien	1.995.161	1.915.149	-3,9
<b>Summe</b>	<b>7.899.090</b>	<b>7.465.187</b>	<b>-5,6</b>

Die Ertragsanteile der Gemeinden in den Jahren 2008/2009 (kassenmäßig) enthalten die Zwischenabrechnung des Vorjahres, den Getränkeabgabeausgleich, den Anteil an der Werbeabgabe und die Einkommensteuervorschüsse (KESt II) vom Dezember sowie den Ersatz der Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der Abschaffung der Selbstträgerschaft. Nicht enthalten ist die Spielbankenabgabe.

Die unterschiedlichen negativen Dynamiken sind vor allem auf die mit 1.1.2009 anzuwendende Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria (Stand 31.10.2008) begründet.

### 3. Getränkesteuerausgleich 2008 und 2009

Der Getränkesteuerausgleich ist an die Dynamik des Umsatzsteueraufkommens gekoppelt und wies 2009 gegenüber 2008 im Gegensatz zur Minderung des Umsatzsteueraufkommens (-1,0%) noch leichte Zuwächse auf. Die Berechnungsbasis für den Getränkesteuerausgleich bildet nämlich jeweils der Zeitraum von November des Vorjahres bis zum Oktober des laufenden Jahres.

in 1.000 Euro	2008	2009
Burgenland	9.466	9.528
Kärnten	32.106	32.314
Niederösterreich	57.384	57.755
Oberösterreich	55.124	55.480
Salzburg	35.621	35.851
Steiermark	49.452	49.771

<b>in 1.000 Euro</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>
Tirol	54.841	55.195
Vorarlberg	18.181	18.298
Wien	65.726	66.149
<b>Summe</b>	<b>377.901</b>	<b>380.341</b>

Im Getränkesteuerausgleich (kassenmäßig) sind auch die Zwischenabrechnungen der jeweiligen Vorjahre enthalten.

Der Getränkesteuerausgleich hängt von der Dynamik des Umsatzsteueraufkommens – jeweils bezogen auf den Zeitraum November des Vorjahres bis Oktober des laufenden Jahres – ab.

#### **4. Anteil der Gemeinden an der Werbeabgabe 2008 und 2009**

Die Werbewirtschaft wurde vom Konjunkturabschwung ebenfalls voll erfasst, was sich, wie dargestellt, auch durch einen Rückgang des Werbeabgabenaufkommens bemerkbar machte.

<b>in 1.000 Euro</b>	<b>nach VZ 2009<sup>4)</sup></b>	<b>nach Aufkom- men 2009<sup>4)</sup></b>	<b>Summe 2009</b>	<b>Summe 2008</b>
Burgenland	1.261	66	1.327	1.436
Kärnten	2.499	568	3.067	3.357
Niederösterreich	7.154	8.067	15.221	16.192
Oberösterreich	6.288	4.041	10.329	11.075
Salzburg	2.353	2.752	5.105	5.465
Steiermark	5.381	1.383	6.764	7.296
Tirol	3.128	600	3.728	3.955
Vorarlberg	1.636	444	2.080	2.201
Wien	7.465	37.826	45.291	47.876
<b>Summe</b>	<b>37.165</b>	<b>55.747</b>	<b>92.912</b>	<b>98.853</b>

<sup>4)</sup> In den Anteilen der Gemeinden an der Werbeabgabe (kassenmäßig) ist auch die Zwischenabrechnungen der jeweiligen Vorjahre enthalten.



### 5. Finanzzuweisung gemäß § 21 FAG 2008 (Gemeindekopffquotenausgleich) für die Jahre 2008 und 2009

Zur Finanzkraftstärkung der Gemeinden gewährt der Bund aus eigenen Mitteln jenen Gemeinden, deren Finanzkraft zu mehr als 10% unter der Bundesdurchschnittskopffquote (innerhalb der jeweiligen Gemeindegrößenklasse) der Finanzkraft aller Gemeinden (außer Wien) liegt, Finanzzuweisungen.

Die unterschiedlichen Entwicklungen sind auf die länderweise Vorverteilung dieser Mittel nach der Volkszahl zurückzuführen, die 2009 erstmals nach der Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria erfolgte.

Die Höhe der auf die Gemeinden entfallenden Finanzzuweisungen ist länderweise der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

in 1000 Euro	2008	2009	%
Burgenland	4.760	4.777	+0,5
Kärnten	7.004	6.753	-3,6
Niederösterreich	19.357	19.337	-0,1
Oberösterreich	17.238	16.995	-1,4
Salzburg	6.455	6.360	-1,5
Steiermark	14.817	14.543	-1,9
Tirol	8.434	8.457	+0,3
Vorarlberg	4.396	4.423	+0,6
Wien	19.413	20.184	+4,0
<b>Summe</b>	<b>101.874</b>	<b>101.829</b>	<b>-0,1</b>

### 6. Beihilfen- und Ausgleichszahlungen 2008/2009

Beihilfenzahlungen gemäß GSBG (Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz) wurden im Jahr 2009 an folgende Einrichtungen vom Bund angewiesen:

- Träger der Sozialversicherung und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

- Krankenfürsorgeeinrichtungen
- Träger des öffentlichen Fürsorgewesens
- Kranken- und Kuranstalten
- Pflegeanstalten, Alten-, Blinden- und Siechenheime von Körperschaften öffentlichen Rechts oder gemeinnützigen Rechtsträgern
- Krankentransporte (Rettungswesen)

An Beihilfen gelangten im Jahr 2009 für alle genannten Einrichtungen rund 934,4 Mio. € zur Auszahlung. Gegenüber dem Jahr 2008 erhöhten sich die Beihilfenzahlungen um rund 12,7 Mio. € oder um 1,4 %.

Die Höhe der Beihilfenzahlungen, soweit sich diese auf die Krankenfürsorgeeinrichtungen, die Träger des öffentlichen Fürsorgewesens, die Kranken- und Kuranstalten, die Pflegeanstalten, Alten-, Blinden- und Siechenheime von Körperschaften öffentlichen Rechts oder gemeinnützigen Rechtsträgern beziehen, sind der folgenden Aufstellung zu entnehmen.

I. Länderweise	in 1.000 Euro		
	2008	2009	%
Burgenland	16.950	16.072	-5,2
Kärnten	66.551	69.962	+5,1
Niederösterreich	142.498	142.342	-0,1
Oberösterreich	172.580	177.573	+2,9
Salzburg	51.692	52.888	+2,3
Steiermark	106.683	104.628	-1,9
Tirol	66.677	68.798	+3,2
Vorarlberg	35.255	36.660	+4,0
Wien	262.793	265.449	+1,0
<b>Summe</b>	<b>921.679</b>	<b>934.372</b>	<b>+1,4</b>

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2009

II. Nach Beihilfenart	in 1.000 Euro	
	2008	2009
Krankenfürsorgeeinrichtungen	22.117	23.884
Träger der öffentlichen Fürsorge	280.255	300.839
Kranken- und Kuranstalten, einschließlich Krankentransporte	619.306	609.649
<b>Summe</b>	<b>921.679</b>	<b>934.372</b>

### II/b Schwerpunkte der Antrittsbesuche bei einzelnen Mitgliedern der neuen Bundesregierung

Im Zuge der Neubildung der Bundesregierung und deren Angelobung am 2. Dezember 2008 hat der Österreichische Gemeindebund allen Bundesministern und Staatssekretären das im Rahmen des Bundesvorstandes im September 2008 verabschiedete Forderungspapier übermittelt.

Im ersten Halbjahr 2009 wurden bei etlichen Antrittsbesuchen die Forderungen, Sorgen und Anliegen der österreichischen Gemeinden mit Ministern und Staatssekretären eingehend erörtert. Dabei wurde nicht nur auf die einzelnen Forderungen des Gemeindebundes hingewiesen, sondern auch Lösungsvorschläge erarbeitet und unterbreitet.

Offizielle Vorsprachen bei Regierungsmitgliedern wurden ab Februar 2009 durchgeführt, stets unter Teilnahme des

Präsidenten, gegebenenfalls seiner beiden Vizepräsidenten und des Generalsekretärs. Dabei wurden im Februar BM Schmied und StS Marek besucht. Im März empfingen VK BM Pröll, BM Stöger, BM Spindelegger und BM Hundstorfer die Delegationen des Gemeindebundes. In den Folgemonaten konnten außerdem Termine bei BM Fekter, BM Mitterlehner und StS Lopatka wahrgenommen werden.

Bei den Vorsprachen wurden natürlich die vordringlichsten Probleme herausgehoben und prioritär behandelt. An erster Stelle standen **die finanziellen Angelegenheiten der Kommunen**, da die Gemeinden aufgrund der **Finanz- und Wirtschaftskrise** in einer besonders angespannten Lage sind.

Zur Belebung der Investitionsbereitschaft und der Wirtschaft wurden neben diversen Initiativen der Länder vom Bund mehrere signifikante Maßnahmenpakete beschlossen. Im Herbst und Win-

ter 2008/09 wurden zwei Konjunkturpakete vorgestellt.

Das erste der beiden Pakete umfasste großteils Elemente der Kaufkraftstärkung, die im Wesentlichen in der Steuerreform umgesetzt werden konnten.

Das zweite Paket betraf vor allem Maßnahmen im Investitionsbereich des Bundes.

Der Gemeindebund ist daher mit der ergänzenden Idee eines eigenen **Gemeindekonjunkturpaketes** in die Offensive gegangen. Tenor unserer Interessensvertretung war dabei, dass die Investitionen des Bundes meist nur punktuell sind und nicht in die Fläche gehen. Die Gemeindeinvestitionen hingegen

- kommen zumeist KMU in einem Umkreis von 30 km zugute und sind flächendeckend,
- haben die höchste Beschäftigungswirkung (auch dies ist für die Gemeinden essentiell, da man durch die steigende Arbeitslosigkeit auch einen Ausfall in der Kommunalsteuer zu erwarten hat.)
- können außerdem eine positive Umweltwirkung entfalten. Hochgerechnet auf alle Gebäude der Gemeinden (ca. 61.000) wäre das eine Einsparung von rund 200.000 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr.

Zur Erleichterung und Beschleunigung kommunaler Investitionen verlangte der Gemeindebund überdies die Anhebung der Schwellenwerte im Vergabeverfahren. Nach intensiver Werbung für dieses Anliegen ist mit 30. April 2009 eine Schwellenwerteverordnung des Bundeskanzlers in Kraft getreten. Diese sieht eine deutliche Anhebung der Schwellenwerte für „Direktvergaben“ und „nicht offene Verfahren“ vor. Dadurch wird den Gemeinden ermöglicht, einfach und unbürokratisch viele Projekte umzusetzen. Langwierige Vergabeverfahren werden ebenso vermieden wie Zeitverzögerungen bei der Verwirklichung von Infrastrukturvorhaben.

Ein weiterer Kernpunkt der Vorschläge betraf die soziale Absicherung der Bürgermeister. Im März 2009 verabschiedete der Österreichische Gemeindebund daher ergänzend zu seinem Forderungspapier eine „**Resolution zur sozialen Absicherung der Bürgermeister**“, die Bundesminister Hundstorfer überreicht werden konnte. Dieser signalisierte Kooperationsbereitschaft und versprach eine zügige Umsetzung der Anliegen durch das Sozialministerium.

Wesentliche Teile des Forderungspapieres sind der **Stärkung des ländlichen Raumes** gewidmet. Der Österreichische Gemeindebund hat seit Jahren die Erhaltung und die Stärkung des ländlichen Raumes als Lebens-, Wirtschafts- und Er-

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2009

holungsraum zu einem Schwerpunktthema gemacht. Daher forderte er erneut die **Erarbeitung eines Masterplans für den ländlichen Raum**.

Weitere Kernthemen der Vorsprachen betrafen die **Reformierung des Schulwesens**, die **Kinderbetreuung** sowie die **Bedarfsorientierte Mindestsicherung**.

Übersicht über die Vorsprachen bei Regierungsmitgliedern:

*Vizekanzler Bundesminister DI Josef Pröll (BMF)*

- Gemeindekonjunkturpaket
- Steuerreform 2009
- Getränkesteuer-Rückzahlung
- Finanzinformationssystem für Gemeinden
- Treasury für Kommunen
- Arbeitsgruppe Verwaltungsreform

*Bundesministerin Mag. Dr. Maria Fekter (BMI)*

- Wahlordnungen und Volksbegehren
- Registervereinheitlichung
- Zentrales Personenstandsregister
- Passgesetz
- Radarüberwachung

*Bundesminister Reinhold Mitterlehner (BMWF)*

- Post
- Breitbandausbau
- Masterplan für Infrastruktur im ländlichen Raum

*Bundesminister Dr. Michael Spindelegger (BMEIA)*

- Europainformation, Brüssel- und Bürgermeisterreisen
- Eurothemen aus kommunaler Sicht (Selbstverwaltung; Klagerecht vor dem EuGH; Rechtsfolgenabschätzung)
- EU – Förderleitfaden

*Bundesminister Rudolf Hundstorfer (BMASK)*

- Soziale Absicherung der Bürgermeister und Gemeindebediensteten
- Bedarfsorientierte Mindestsicherung
- 24 Stunden Betreuung

*Bundesministerin Dr. Claudia Schmied (BMUKK)*

- Erhalt der Schulen im ländlichen Raum
- Verpflichtendes Vorschuljahr
- Finanzierung der Nachmittagsbetreuung
- Ferienordnung

*Bundesminister Alois Stöger (BMG)*

- Finanzierung des Gesundheitswesens
- Rettungswesen
- Medizinische Versorgung im ländlichen Raum
- Bürgermeister Gesundheitsseminar 2009

*Staatssekretärin Christine Marek (BMWF)*

- Kinderbetreuung
- Verpflichtendes letztes Gratiskindergartenjahr

Staatssekretär Dr. Reinhold Lopatka  
(BMF)

- Pilotprojekte zur beschleunigten Einheitswertermittlung
- Gemeindekonjunkturpaket

## II/c Legistik

---

Die Einbeziehung in die Begutachtungsverfahren bei Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Bundes nimmt einen bedeutenden Umfang der Tätigkeit des Österreichischen Gemeindebundes ein.

Im Jahr 2008 ist die Gesamtzahl der übermittelten Gesetzesentwürfe im Vergleich zum Jahr 2007 leicht angestiegen, da der Regierungsapparat nach den Wahlen 2006 offenbar wieder in Schwung gekommen ist. Insgesamt wurden 279 Entwürfe (Konsultationsmechanismus und klassische Ministerialentwürfe) begutachtet. Eine große Menge davon betrafen Übermittlungen aufgrund der Verpflichtungen aus dem Konsultationsmechanismus sowie selbständige Anträge des Nationalrates.

Nach Angaben des Bundeskanzleramtes betrug im Jahr 2009 die Anzahl der übermittelten Ministerialentwürfe, die im Sinne der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus übermittelt wurden, 157 Stück. Zudem wurden 98 Entwürfe als Regierungsvorlagen zur Begutachtung

binnen Wochenfrist vorgelegt. Die Rechte nach dem Konsultationsmechanismus wurden seitens des Österreichischen Gemeindebundes allerdings sparsam und verantwortungsvoll gehandhabt, der Gemeindebund hat in zwei Fällen vorsorglich Gespräche im Sinne des Konsultationsmechanismus verlangt. Dies betraf u.a. die möglichen zusätzlichen Kosten durch potenzielle Mehraufwendungen der Kommunen bei der Datenlieferung im Sinne des Geodaten-Infrastrukturgesetzes. In zahlreichen Arbeitsgruppen konnte diese potenzielle Zusatzbelastung durch Änderung der Vorgaben des Gesetzes entschärft werden. Das Begehren wurde daher Anfang September 2009 wieder zurück genommen.

Abgesehen von den relativ kurzfristig zu begutachtenden Unterlagen nach dem Konsultationsmechanismus wurden auch die klassischen Ministerialentwürfe zur Begutachtung übermittelt. Im Berichtsjahr wurden dem Österreichischen Gemeindebund 157 Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen nach dem offiziellen Begutachtungsverfahren übermittelt, diese Zahl umfasst nicht die im Sinne des Konsultationsmechanismus übermittelten Regierungsvorlagen, Entwürfe aus dem parlamentarischen Verfahren oder informelle Papiere der Ministerien.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Dokumente der Europäischen Kommissi-

on begutachtet, die der Österreichische Gemeindebund im Rahmen seines verfassungsmäßig verankerten Informationsrechtes, aber auch über die Arbeit im Ausschuss der Regionen (AdR) und die bestehenden Kontakte zur Kommission und dem EU-Parlament erhalten hat.

Schwerpunktmäßig werden im folgenden Abschnitt Gesetzes- und Verordnungsentwürfe genannt, zu denen der Österreichische Gemeindebund im Jahr 2009 eingehendere Stellungnahmen abgegeben hat:

### ***Novelle des Umweltförderungsgesetzes***

Der Österreichische Gemeindebund hat sich entschieden gegen die Änderung des UFG ausgesprochen, wonach auch Maßnahmen im Bereich der Bundesgewässer (bis zu 100 %) für Zwecke der Verbesserung des ökologischen Zustandes aus dem Förderrahmen von □ 140 Mio. finanziert werden können. Den Einwendungen des Österreichischen Gemeindebundes wurde insofern Rechnung getragen, als eine Betragsobergrenze für Maßnahmen im Bereich der Bundesgewässer von □ 20 Mio. eingebracht wurde.

### ***Schwellenwertverordnung***

Durch intensiven Einsatz des Österreichischen Gemeindebundes ist mit 30. April 2009 die Schwellenwertverordnung 2009 in Kraft getreten. Diese sieht befr-

stet bis 31. Dezember 2010 eine deutliche Anhebung der Schwellenwerte für „Direktvergaben“ und „nicht offene Verfahren“ vor. Dadurch wird den Gemeinden ermöglicht, einfach und unbürokratisch viele Projekte umzusetzen. Langwierige Vergabeverfahren werden ebenso vermieden wie Zeitverzögerungen bei der Verwirklichung von längst fälligen Infrastrukturvorhaben.

### ***Postmarktgesetz***

Im Dezember 2008 wurde durch eine Änderung der Post-Universaldienstverordnung die Schließung von Postämtern zeitlich befristet bis Juni 2009 untersagt. Im März 2009 wurde vom Österreichischen Gemeindebund eine Resolution verabschiedet, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass eine flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen gewährleistet wird.

Das Postmarktgesetz, das schließlich am 5. Dezember 2009 teilweise in Kraft getreten ist, wurde vom Österreichischen Gemeindebund insofern begrüßt, als erstmalig ein Mindestversorgungsgrad festgeschrieben wurde. Hingegen wurden im Rahmen des Begutachtungsverfahrens die formulierten Kriterien der Mindestanzahl von Versorgungseinrichtungen als ebenso unzureichend bemängelt wie das Fehlen einer Mindestanzahl an eigenbetrieblenen Filialen. Positiv hervorzuheben

ist die Einrichtung eines Post-Geschäftsstellen-Beirates, der die Regulierungsbehörde in Fragen der flächendeckenden Versorgung zu beraten hat. Neben dem Städtebund und der Verbindungsstelle der Bundesländer ist auch der Österreichische Gemeindebund in diesem Gremium vertreten.

### ***Bundesbahngesetz***

Im Mai 2009 wurde ein Entwurf einer Änderung des Bundesbahngesetzes ausgesendet, der seitens des Gemeindebundes aufgrund massiver finanzieller Belastungen entschieden abgelehnt wurde. Zwar wurden in der darauf folgenden Regierungsvorlage sämtliche Einwände berücksichtigt. Da aber anderweitig Bestimmungen geändert wurden, die zu einem nicht unwesentlichen Ausfall an Steuereinnahmen geführt hätten, forderte der Österreichische Gemeindebund die Aufnahme von Verhandlungen nach § 6 FAG 2008.

### ***Eisenbahnkreuzungsverordnung***

Die Eisenbahnkreuzungsverordnung wurde Anfang Dezember 2009 in Begutachtung geschickt. Der Gemeindebund hat auf die massiven Kostenbelastungen der Gemeinden und auf die unzureichende Kostendarstellung des Entwurfes bereits hingewiesen. Kernpunkt der Kritik ist, dass nach den geplanten Bestimmungen eine einfache Sicherung für vom Autoverkehr frequen-

tierte Eisenbahnübergänge nicht mehr möglich sein soll. Dies verursacht eine zwingende technische Aufrüstung unzähliger Übergänge, sodass viele Gemeinden, die gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen die Straßenbaulast zu tragen haben, in finanzielle Bedrängnis geraten würden. Schätzungen zufolge lägen die Gesamtkosten für die Sicherung der rund 2.000 Bahnübergänge bei über einer Milliarde Euro.

### ***Passgesetz***

Im Februar 2009 ist die Novelle des Passgesetzes in Kraft getreten. Diese sieht in Umsetzung einer EU Verordnung die zwingende Speicherung von biometrischen Daten in Form von Fingerabdrücken vor. Im Vorfeld zu diesem Beschluss wurden vor allem der Verwaltungsmehraufwand der Gemeinden und die Investitions- und Administrationskosten angemerkt. Bislang konnte durchgesetzt werden, dass Gemeinden, die ihren Bürgern dieses Service anbieten möchten, weder für die Anschaffungskosten der Soft- und Hardware noch für die Kosten erforderlicher Einschulungsmaßnahmen aufzukommen haben. Da die Entgegennahme von Passanträgen durch Gemeinden eine wesentliche Entlastung der an sich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden darstellt, fordert der Österreichische Gemeindebund auch weiterhin eine finanzielle Entschädigung für diesen beträchtlichen Mehraufwand.



### **Antikorruptionsgesetz**

Das mit 1. Jänner 2008 in Kraft getretene „Antikorruptionsgesetz“ barg hinsichtlich seines Anwendungsbereiches wie auch seines Geltungsbereiches vermehrte Rechtsunsicherheit in sich. So wurden vielerorts Einladungen vorbeugend nicht wahrgenommen bzw. angenommen. Die bestehenden Unklarheiten haben auch zu einer steigenden Zurückhaltung der Sponsoren im Zusammenhang mit Veranstaltungen sowie Kultur- und Sportereignissen geführt. Durch die Präzisierung des Amtsträgerbegriffs und die Aufnahme von Ausnahmetatbeständen wurden in der Novelle 2009 viele Unsicherheiten entschärft. Die im Zuge der Gesetzwerdung vom Gemeindebund in Auftrag gegebene RFG-Schriftenreihe „Verantwortlichkeit bei Amtsmissbrauch und Korruption“ (Ausgabe 5/2009) befasst sich intensiv mit dieser Thematik, erläutert umfassend die einzelnen Bestimmungen und trägt zur Klärung noch allfällig offener Fragen bei.

### **Arbeitszeitgesetz, Arbeitsruhegesetz, Kraftfahrzeuggesetz**

Der vorgelegte Entwurf zum KFG sah unter anderem vor, dass bestimmte Fahrzeuge komplett aus dem Anwendungsbereich der EU-Verordnungen (EWG) 3821/85 [Verordnung des Rates über das Kontrollgerät im Straßenverkehr] und (EG) 561/2006 [Verordnung zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr] ausgenommen sind.

Da § 24 Abs. 2a leg.cit. aber die Aufzählung der in diesen Ausnahmetatbestand fallenden Fahrzeuge in der Weise einschränken sollte, dass Gemeindefahrzeuge, insbesondere die Fahrzeuge der Bauhöfe, nicht mehr vom Ausnahmetatbestand erfasst sind, hat der Österreichische Gemeindebund auf die negativen Auswirkungen von zwingenden Ruhezeiten und Lenkerpausen vor allem im Bereich des Winterdienstes hingewiesen. Das zuständige Ministerium lenkte ein und ergänzte die Ausnahmebestimmung.

### **Gebäude- und Wohnungsregistergesetz**

Im April 2009 wurde ein Entwurf einer Änderung des Gebäude- und Wohnungsregistergesetzes zur Begutachtung ausgesendet. Mit dem gegenständlichen Entwurf soll das als statistisches Register konzipierte GWR per Gesetz zu einem Verwaltungsregister deklariert werden. Da diese Daten aber nicht die für Verwaltungsdaten notwendige Qualität aufweisen, sind sie in der derzeitigen Form als Grundlage für Verwaltungshandlungen nicht geeignet. Bislang waren Gemeinden lediglich verpflichtet, Daten für statistische Auswertungen abzuliefern. Daten aus neuen Bauvorhaben wurden von den Gemeinden auf freiwilliger Basis als Verwaltungsdaten geführt. Da dem vorgelegten Entwurf eine generelle Verpflichtung zur Führung solcher Daten über das GWR zu entnehmen war und zudem auf

eine zwingende vollständige Nacherfassung aller Gebäude, Nebengebäude und Wohnungen zu schließen war, forderte der Österreichische Gemeindebund vorsorglich Verhandlungen im Sinne des Konsultationsmechanismus. Schließlich wurde die Gesetzesänderung mit einigen Anpassungen Ende November 2009 beschlossen.

### ***Verpackungsverordnung***

Nach Begutachtung eines ersten Vorentwurfes einer Neuregelung der Verpackungssammlung (VVO und Novellierung des AWG) im Mai 2009 äußerte sich der Österreichische Gemeindebund kritisch und lehnte diesen Entwurf entschieden ab. Keine der seitens des Gemeindebundes vorgebrachten kommunalen Forderungen hat darin Berücksichtigung gefunden. Weitere Verhandlungsrunden im Jahr 2009 brachten zwar einige Verbesserungen aber bislang noch keine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung.

### ***Verpflichtendes Vorschuljahr und Gratiskindergarten***

Die Artikel 15a-Vereinbarung über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen hat den Nationalrat am 17. Juni 2009 passiert. Der Kindergarten wurde ab Herbst 2009 im Ausmaß von 20 Wochenstunden für alle fünfjährigen Kinder österreichweit gratis und wird spätestens

mit Herbst 2010 im Ausmaß von mindestens 16 bis 20 Stunden an mindestens vier Tagen in der Woche auch verpflichtend sein.

Der Bund stellt für das halbtags kostenlose und verpflichtende Kindergartenjahr 2009/2010 und 2010/2011 je 70 Millionen Euro zur Verfügung, die in erster Linie dem Ersatz der Elternbeiträge dienen sollen. Aus kommunaler Sicht ist es gelungen, folgende wichtige Punkte aufzunehmen:

- Die Länder haben auch mit den Gemeinden über die Verwendung der Mittel zu verhandeln.
- Der Transport von Kindergartenkindern und Sonderprojekte können finanziell berücksichtigt werden.

Mit der Einführung des verpflichtenden letzten Kindergartenjahres soll in erster Linie die Schulreife der Kinder gefördert werden. Die Artikel 15a-Vereinbarung nimmt ausdrücklich darauf Bezug, dass in dieser Zeit die Kinder auf die Schule vorbereitet werden sollen und in der Kinderbetreuungseinrichtung der Schwerpunkt auf die Bildungsaufgaben gelegt wird. Der Österreichische Gemeindebund hat in diesem Zusammenhang auf die kompetenzrechtliche Problematik hingewiesen, dass das Bildungswesen grundsätzlich auch in Vollziehung keine Angelegenheit der Gemeinden ist.

### **Bedarfsorientierte Mindestsicherung**

In der vorangegangenen Legislaturperiode wurden wesentliche Vorarbeiten für die Einführung einer „Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ (kurz: BMS) geleistet. Diese soll soziale Mindeststandards festlegen und als Sprungbrett für die Rückkehr in den Arbeitsmarkt dienen. In einer Artikel 15a-Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern wurden die Eckpunkte festgehalten, welche im Anschluss in den entsprechenden Bundes- und Landesgesetzen umgesetzt werden müssen. Mit einem Inkrafttreten ist Anfang September 2010 zu rechnen.

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung soll folgende Punkte umfassen:

- einheitliche Voraussetzungen für den Bezug einer Leistung,
- einheitliche Regressbestimmungen,
- einheitliche Mindeststandards in der Leistungshöhe,
- und ein eigenes einheitliches Verfahrensrecht.

In mehreren Stellungnahmen kritisierte der Österreichische Gemeindebund die mangelnde Proportionalität in der Dynamik von Gemeindeaufwendungen und Bundesleistungen sowie die Deckelung der Nettozusatzkosten.

Die Kostenbeteiligung der Gemeinden basiert in den einzelnen Sozialhilfegesetzen

der Länder auf einem relativ umfangreichen und komplexen Regelwerk und ist zudem in jedem Bundesland anders ausgestaltet (Aufteilungsschlüssel). Die Chancen Sozialhilfeleistungen zu erhalten sind innerhalb von Österreich sehr ungleich verteilt. Die Kostenbeteiligung der Gemeinden reicht von 35 % in Tirol bis zu 100 % in Oberösterreich.

Gemäß der Vereinbarung sollen die Länder und damit auch die Gemeinden monatliche Geldleistungen zur Deckung des Lebensunterhaltes als Mindeststandard gewährleisten. Die Regelung sieht außerdem vor, dass die Mindeststandards in gleicher Weise erhöht werden wie die Ausgleichszulagenrichtsätze. Dies würde bedeuten, dass die Gemeinden an die Vorgaben des Bundes und somit auch an eine allfällige außerordentliche Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze gebunden wären, was zu erheblichen Kosten führen kann.

Gemäß Art. 21 des Entwurfs sind im Falle einer Überschreitung der vereinbarten Deckelung im Evaluierungszeitraum zwischen Bund, Ländern und Gemeinden über die künftige Kostentragung erneut Verhandlungen zu führen, um die Gesamtkosten wieder in den vereinbarten Rahmen zurückzuführen. Der Gemeindebund vertritt die Ansicht, dass eine Verhandlungslösung nur unter Einbeziehung der Kommunen herbeigeführt werden

darf, womit eine tatsächliche Deckelung der Nettozusatzkosten für die Gemeinden nicht nur bis 2011, sondern für die ganze FAG-Periode gewährleistet werden soll. Der Österreichische Gemeindebund forderte daher zuletzt nach dem diesbezüglichen Beschluss im Ministerrat Ende Juli, dass der Bund nicht nur die Mehrkosten, die über den jährlichen Deckelungsbetrag von 50 Mio. Euro anfallen, bis 2011 zu tragen hat, sondern auch jene, die danach ohne eine entsprechende Verhandlungslösung anfallen.

Eine zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu beantwortende Frage ist die nach den Auswirkungen der BMS auf die sogenannte „Non-take-up“-Quote. Unter diesem Begriff wird die Zahl der hilfebedürftigen Menschen verstanden, die potentiell einen Anspruch auf eine Unterstützung aus dem Titel der Sozialhilfe hätten, diese aber aus bestimmten Gründen ablehnen.

## **II/d Weitere inhaltliche Schwerpunkte und Projekte**

---

### ***Soziale Absicherung der Bürgermeister***

Schon im Rahmen des Antrittsbesuches wurde der neue Sozialminister Rudolf Hundstorfer mit dem brennenden Problem der erforderlichen sozialen Absicherung der Bürgermeister konfrontiert. Als Ergebnis formulierte der Gemeindebund im März 2009 ein Positionspapier, das dem Minister zur Prüfung durch sei-

ne Beamten zugemittelt wurde. Im Herbst des Jahres wurde der Minister auf seine Zusagen angesprochen, der Gemeindebund übergab ein mit den Landesverbänden und dem Vorsitzenden des Sozialausschusses Bgm. Schmid abgestimmtes Grundlagenpapier am 19. Oktober 2009, das die wesentlichsten Punkte und vorrangigsten Kernforderungen enthielt. Der Wichtigkeit halber wird dieses **Grundlagenpapier „Soziale Absicherung von kommunalen Mandataren“** im Folgenden abgedruckt. Sie diente als erste Grundlagen für die Gespräche in den Parlamentsklubs Anfang des Jahres 2010.

### **Thema: Wegfall der Pension bei Bezug einer Funktionsentschädigung als politischer Mandatar einer Gemeinde oder einer Stadt**

**Lösung 1: Im § 91 Abs. 1 ASVG (§ 60 Abs. 1 GSVG, § 56 Abs. 1 BSVG) wird der Erwerbseinkommensbegriff für politische Mandatare von Gemeinden und Städten neu geregelt.**

- Erwerbseinkommen bis zur Höhe von 50 % eines Bezuges nach § 1 Abs. 1 Bezügebegrenzungs-gesetz gelten nicht als Erwerbseinkommen (Freigrenze) (Die Höhe eines Bezuges nach § 1 Abs. 1 Bezügebegrenzungs-gesetz, das der Bezug eines NR-Abgeordneten, beträgt derzeit - bis 31.12.2010 - □ 8160,-; 50 % sind € 4080,-).

Entscheidend ist nicht der Anspruch sondern der tatsächliche Bruttobezug. Durch Verzicht auf den „übersteigenden“ Bezug könnte daher die Pension bezogen werden. Dies bedeutet, dass alle Mandatare mit tatsächlich gleichem Bezug auch gleich behandelt werden. Die Möglichkeit eines (Teil-)Verzichtes ist in Landesgesetzen (derzeit unterschiedlich) geregelt.

### **Lösung 2: Gleichstellung der kommunalen politischen Mandatare mit Beamten.**

- Laut Prof. Mazal würde eine solche Ausnahme die arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen in den Ruhensbestimmungen nicht konterkarieren, weil die Tätigkeit als Bürgermeister nicht als arbeitsmarktrelevant zu sehen ist. Genau darin liegt auch eine sachliche Rechtfertigung für eine Sonderregelung, ja könnte sogar eine Verpflichtung zur Schaffung einer Ausnahmebestimmung begründet werden, um dem Gleichheitssatz der Verfassung Genüge zu tun.

### **Thema: Beitragserstattung in der Pensionsversicherung**

**Lösung: Vereinfachung der Abwicklung der SV-Beiträge von politischen Mandataren der Gemeinden und Städten mit der SV (Beitragsrücker-**

**stattung in der PV soll am Jahresende, wie für alle Versicherten, auch für politische Mandatare möglich sein)**

- Im § 13 Bundesbezügegesetz (iVm § 2 Abs. 3 Bezügebegrenzungs-gesetz) wäre eine „Kannbestimmung“ vorzusehen, die in Landesgesetzen Regelungen erlaubt, mit denen die Gemeinden und Städte in die Lage versetzt werden, die Beiträge auch monatlich an die SV zu überweisen und nicht erst am Ende der Funktionsperiode. Zu prüfen wäre, ob nicht im § 2 Abs. 3 Bezügebegrenzungs-gesetz so eine Ermächtigung der Länder vorgesehen werden kann.

Damit können dann politische Mandatare am Jahresende Beiträge in der PV, die über der Höchstbeitragsgrundlage geleistet worden sind, zurückfordern. (Derzeit besteht die Rückforderungsmöglichkeit erst nach Ende der Funktionsperiode, nach Überweisung der Beiträge durch die Gemeinden an die SV, das kann auch erst nach vielen Jahren sein.)

### **Thema: Krankenversicherung**

**Lösung: ähnlich wie in der Pensionsversicherung, aber zumindest so, dass zumindest jährlich abgerechnet wird.**

- Siehe GA Mazal Punkte 4.1 und 4.2

**Thema: Kein Schutz bei Verlust des Zivilberufes und darauffolgender Abwahl eines/er Bürgermeisters/in**

**Lösung 1: Rahmenfristerstreckung in der Arbeitslosenversicherung, wenn ein/e Bürgermeister/in während der Funktionsausübung seinen Zivilberuf verliert, damit dieser im Falle seiner Abwahl geschützt ist.**

**Lösung 2: Laut Mazal ist die Einbeziehung der Bürgermeister in das Überbrückungshilfegesetz oder die Schaffung bundes- oder landesgesetzlicher Regelungen analog zum Überbrückungshilfegesetz vorzuziehen.**

- Nach dem Überbrückungshilfegesetz wird vom AMS Bundes- und Landesbediensteten nach ihrem Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst eine finanzielle Unterstützung analog zur Arbeitslosenversicherung geleistet, sofern kein Ruhe- oder Versorgungsgenuss oder ein Anspruch auf Arbeitslosengeld nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz besteht. Der Aufwand wird von der zuständigen Gebietskörperschaft im Einzelfall getragen und dem AMS vorschussweise überwiesen. Die Einbeziehung von Bürgermeistern wäre legislativ wie administrativ einfach und würde nicht zu einer generellen Belastung der öffentlichen Haushalte, wohl

aber zu effektivem Schutz bei gleichzeitig kaum wahrnehmbarem finanziellem Aufwand in einzelnen Problemfällen führen.

**Thema: Kein Schutz der Bürgermeister vor Arbeitslosigkeit**

**Lösung: Schaffung der Möglichkeit der freiwilligen Arbeitslosenversicherung für BürgermeisterInnen**

**Audit „familienfreundliche Gemeinde“**

Der Österreichische Gemeindebund hat im Juli 2009 eine Kooperation mit der Familien & Beruf Management GmbH (FBG) mit dem Ziel abgeschlossen, über die breite Informations- und Kommunikationsplattform unserer Interessensvertretung einschließlich der Landesverbände die Gemeinden gezielt über Veranstaltungen und die Förderung des Audits „familienfreundliche Gemeinde“ zu informieren.

Die Leistungen des Gemeindebundes und seiner Landesverbände sind Gegenstand eines Auftrages, der aus Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft Familie und Jugend gefördert wird. Die Hauptaufgaben des Gemeindebundes in enger Zusammenarbeit mit den Landesverbänden sind in diesem Zusammenhang:

- die österreichweite Verbreitung des Audits

## II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2009

- die Sensibilisierung aller Beteiligten in den Gemeinden, in der Öffentlichkeit, bei Entscheidungsträgern innerstaatlich und auf europäischer Ebene für das Thema
- die Gesamtabwicklung und Kommunikation im Zusammenhang mit der Umsetzung der operativen Maßnahmen im Audit.

Die bewährten Kontakte des Österreichischen Gemeindebundes und vor allem die aktive Mitarbeit der Landesverbände haben schon jetzt für eine bessere Information und eine Breitenwirkung bei den Gemeinden gesorgt.

Folgende Tätigkeiten des Generalsekretariates im 2. Halbjahr 2009 sind anzuführen:

- Die Organisation, Durchführung und Bewerbung von drei Auditseminaren in Graz, Schlierbach und Deutsch Schützen.
- Die Adaptierung und Standardisierung des gesamten Prozessablaufs im Hinblick auf die neue Kooperation und Optimierung von bestehenden Ablaufstrukturen.
- Die Organisation, Durchführung und Bewerbung von drei Erfahrungsaustauschen. Darunter fallen zwei Netzwerktreffen bzw. Schulungen der Prozessbegleiter und Gutachter im Juli und November 2009 sowie ein Treffen von Audit-

Gemeinden in Graz im Oktober 2009. Ferner fand im Dezember 2009 eine Schulung von Gutachtern im Hinblick auf die neuen Lizenzverträge statt.

- Die Koordination mit FBG, Ministerium und den Zertifizierungsstellen über die Etablierung von zwei Zertifizierungsstellen für das Audit ab Jänner 2010. Adaption diverser Subleistungsverträge.
- Die Öffentlichkeitsarbeit ist eine zentrale Aufgabe des Fördervertrages. Die Landesverbände vor allem in NÖ, OÖ und Burgenland wurden 2009 verstärkt in die Bewerbung des Audit eingebunden. Das Audit wurde als Schwerpunkt auf der Homepage des Österreichischen Gemeindebundes etabliert. Es gab Schaltungen im Kommunal, und diversen anderen kommunal relevanten Medien.
- Die Administration der Auditierenden hatte die Schwerpunkte: Kontakte zu den Gemeinden, Familienreferaten, Landesverbänden, Prozessbegleitern, Gutachtern, Wien Work, BMWFJ und FBG, Rechnungsabwicklung, Vor- und Nachbearbeitung aller Schulungen, Netzwerktreffen und Auditseminare als auch die Überarbeitung und Optimierung der Projektunterlagen (in Abstimmung mit der FBG).

- Ein weiterer Schwerpunkt der sich auch in das Jahr 2010 hineinzieht, ist die Eingliederung von bestehenden familienrelevanten Projekten (zB die Leitbildgemeinden in OÖ) in das bestehende Auditverfahren gem. der dafür geltenden Richtlinien.

### ***Treasury für Kommunen***

Nachdem der Staatsschuldenausschuss im Dezember 2008 die Erstellung von Richtlinien in Bezug auf eine verpflichtende, unabhängige Auskunftseinholung in Finanzangelegenheiten von Gemeinden empfohlen hatte, reagierte der Österreichische Gemeindebund sofort auf den dringenden Handlungsbedarf.

Zur Entwicklung eines Konzepts zur bundesweiten, akkordierten Vorgangsweise im Sinne der besagten Empfehlung des Staatsschuldenausschusses hinsichtlich der Aufklärung der Gemeinden über Risikogeschäfte errichtete der Österreichische Gemeindebund das Expertengremium „**Treasury für Kommunen**“, das sich unter der Leitung des 1. Vizepräsidenten des Gemeindebundes Bgm. Mag. Alfred Riedl aus hochrangigen Vertretern der Finanzmarktaufsicht, des Rechnungshofes, der Österreichischen Nationalbank sowie der Kammer der Wirtschaftstreuhänder zusammensetzte.

Ziel dieses Expertengremiums war die Erstellung von entsprechenden Emp-

fehlungen, die den Gemeinden Hilfestellung bei künftigen Veranlagungen und Finanzierungen leisten sollen.

Nach mehreren Arbeitssitzungen fand das Projekt einen erfolgreichen Abschluss in der Erarbeitung der „Richtlinien des Österreichischen Gemeindebundes betreffend das Finanzierungs- und Veranlagungsmanagement (Finanzgeschäfte) durch Gemeinden“.

In weiterer Folge plant der Österreichische Gemeindebund nun das entsprechende Know How auch in die Gemeinden zu tragen (zB. durch Kurse für Bürgermeister und Gemeindebedienstete an den Verwaltungsakademien) sowie durch spezielle Schulungen das Fachwissen der Gemeindeaufsichtsbehörden noch weiter auszubauen.

### ***Energieeffizienzprojekt „Kommunale Beleuchtung“***

Österreichs Gemeinden sind nicht nur als Versorger (Strom, Wärme, Wasser) und Berater für die Bürger und für die örtliche Wirtschaft, sondern auch als Verbraucher (etwa 50.000 gemeindeeigene Gebäude) in einer vielseitigen Schlüsselrolle.

Der Österreichische Gemeindebund hat gemeinsam mit dem FEEI, dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie, ein gemeinsames Klima- und En-



ergieprojekt gestartet, das das Thema **Beleuchtung und Beleuchtungssysteme** in Gemeinden und die damit einhergehende enorme Energie- und Kostenersparnis in den Mittelpunkt rückt. So beträgt das Energieeinsparungspotential durch moderne Beleuchtungskonzepte rund 50 %. Hinzu kommt, dass in den nächsten Jahren rund 30 % der Straßenbeleuchtung erneuert bzw. umgestellt werden müssen, da sie nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.

Ziel dieses bundesweiten Projekts ist es, im Rahmen von sechs Veranstaltungen (Roadshow) Bürgermeistern und Amtsleitern in Form von **Best-Practice Modellen kommunaler Innen- und Außenbeleuchtung** das Einsparungspotential aufzuzeigen und effiziente **Förderungs-, Investitions- und Finanzierungsmöglichkeiten** zu präsentieren.

### **ARGE „Österreichische Güteanforderungen für Erzeugnisse im Siedlungswasserbau“**

Unter dem Vorsitz des Österreichischen Gemeindebundes wurde die Erarbeitung der Broschüre **„Qualitätssicherung bei Ingenieur- und Bauleistungen“** abgeschlossen. Die Berufsvertretung der Ingenieurkonsulten wirkte ebenso mit wie die Vertretungen der Technischen Büros, der Planenden Baumeister und der Bundesinnung Bau. Die Broschüre dient als Leitfaden und Information für Auftrag-

geber (Bürgermeister) und Bauherrn in Anlässen des Siedlungswasserbaus. Sie soll durch das Anheben der Qualität die Instandhaltungs- und Betriebskosten minimieren und die Lebensdauer von Erzeugnissen in der Siedlungswasserwirtschaft erhöhen.

### **Tourismusmodellregion Neusiedlersee**

Der Tourismus spielt für die österreichische Volkswirtschaft eine große und wichtige Rolle. Die Bedeutung gerade der kleineren Gemeinden für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft wird dabei aber zumeist unterschätzt. Der Österreichische Gemeindebund hat daher bereits im Jahr 2008 eine tourismuspolitische Initiative, das Projekt „Tourismusnetzwerk“, gestartet. Mit dem Vorhaben **„Modellregion Tourismusnetzwerk Neusiedlersee“** wurde ein Prozess in Gang gesetzt, dessen grundlegendes Ziel die wesentliche **Verbesserung der touristischen Angebots- und Beschäftigungsstruktur** durch die Schaffung eines fundierten Modells für eine moderne Art der Angebotsentwicklung und Markenbildung für andere Tourismusregionen in Österreich ist.

Die Grundlage des Prozesses für das Tourismusnetzwerk Neusiedlersee bildet gewissermaßen ein „bottom-up“-Prozess. Das bedeutet, dass für die Entwicklung des regionalen Tourismus die Vorschläge aus der Bevölkerung kommen müssen. Dabei werden die unterschied-

lichsten Bevölkerungsgruppen, Einrichtungen und Organisationen in die Bedarfsermittlung mit eingebunden. Aufgrund des großen Erfolgs dieser Initiative ist für das Jahr 2010 die Projektierung einer 2. Modellregion geplant.

### ***Tourismusstrategiepapier***

Der Tourismusausschuss hat in seiner letzten Sitzung eine eigene Arbeitsgruppe „Tourismuspolitik“ eingerichtet, die sich zum Ziel gesetzt hat, ein **Tourismus - Strategiepapier** unter Federführung des Tourismusexperten, Prof. Peter Zellmann, zu entwickeln. Dieses soll tourismuspolitische Möglichkeiten für die Zukunft der Tourismus- und Freizeitwirtschaft im ländlichen Raum aufzeigen. Grundlage für die Erarbeitung dieses tourismuspolitischen Masterplans ist das erfolgreich laufende Projekt „Modellregion Tourismusnetzwerk Neusiedlersee“.

### ***Straßenverkehrssicherheit***

Bereits im Jahr 2006 hat der Österreichische Gemeindebund mit mehreren Kooperationspartnern die „Verkehrssicherheitsakademie“ ins Leben gerufen. Diese bildete bereits damals einen Quantensprung in der Weiterbildung für Gemeindebedienstete. Kommunalnet.at Nutzern wurde exklusiv die Möglichkeit geboten, sich via E-Learning im Bereich der Verkehrssicherheit weiterzubilden. Die Verkehrssicherheitsakademie, die mehrere Module, wie „Baustellenabsicherung“,

„Straßendienst“ oder „Sicherer Schulweg“ umfasst, soll zum einen aktualisiert und zum anderen um weitere Module, wie „Wegehalterhaftung“ oder „Rechtliche Verantwortung“ erweitert werden. Erste erfolgversprechende Gespräche zur Umsetzung dieses Vorhabens hat es bereits im Jahr 2009 gegeben.

### ***Masterplan für den ländlichen Raum***

Die gegenwärtige Konzentration des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in den Ballungsräumen ist zugleich Ursache und Folge einer siedlungs-, wirtschafts-, kultur- und umweltpolitisch gefährlichen Entwicklung im ländlichen Raum. Die große Herausforderung gerade für die Regionalpolitik liegt vor allem darin, die Negativspirale aus Abwanderung, Arbeitsplatzverlust und Rückgang der Dienstleistungen in diesen Gebieten zu durchbrechen und Strategien zur Bewältigung der Probleme zu entwickeln. Der Österreichische Gemeindebund hat daher auch im Jahr 2009 mehrfach die Notwendigkeit der Erarbeitung eines Masterplans für den ländlichen Raum gefordert.

Dieser soll in Form einer Empfehlung von der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) unter Einbindung von Bund, Ländern und Gemeinden erstellt werden. Der Masterplan für den ländlichen Raum soll eine Vernetzung aller maßgeblichen Akteure des ländlichen Raumes bewerkstelligen und konkrete Lö-

sungsansätze für eine zukunftsweisende Entwicklung auf wirtschaftlicher und auf sozialer Ebene anbieten. Mindeststandards in der Infrastruktur, laufendes Monitoring und eine verstärkte horizontale und vertikale Kooperation sind dabei besonders hervorzuheben.

### ***Radarüberwachung durch Gemeinden***

Anfang Juli 2008 hat die Datenschutzkommission entschieden, dass die Radarüberwachung des Verkehrs eine verkehrspolizeiliche Aufgabe ist, die gemäß den Bestimmungen der StVO nicht den Gemeinden zugewiesen ist. Da aber die eigenständige Überwachung durch Gemeinden bzw. von ihr beauftragte Dritte wesentlich zur Steigerung der Sicherheit im Straßenverkehr beiträgt, wurde das BMVIT mehrfach auf die Notwendigkeit wie auch Dringlichkeit einer rechtlichen Klarstellung durch eine Anpassung der StVO hingewiesen. Der Österreichische Gemeindebund hat dem BMVIT schließlich Vorschläge zur Änderung der StVO präsentiert. Diese wurden im Rahmen einer Sitzung im Juli 2009 unter Beisein von Vertretern des BMVIT, BMI, des Städtebundes und der Ländervertreter erörtert.

Das BMI und das ressortzuständige BMVIT haben klargestellt, dass sie dem Vorschlag des Gemeindebundes grundsätzlich nicht ablehnend gegenüberstehen. Eine Umsetzung käme nach Aussage des BMVIT aber nur in Betracht, wenn

die Mehrheit der Länder dies befürwortet. Derzeit gibt es noch in einigen wenigen Ländern kritische Töne. Im Herbst 2009 hat der Österreichische Gemeindebund eine Umfrage gestartet, in der die Gemeinden über die derzeitige Verkehrssicherheitslage und über die Verkehrsüberwachung in ihrer Gemeinde befragt wurden. Die Ergebnisse bestätigen ohne Zweifel den Bedarf an einer rechtlichen Grundlage. Auch das Kuratorium für Verkehrssicherheit sieht in der automatisierten Verkehrsüberwachung durch die Gemeinden eine sinnvolle Verstärkung der Kontrolltätigkeit der Exekutive und damit eine Erhöhung der Verkehrssicherheit.

### ***Filmaufführungen an Schulen – Vergütungsansprüche der Verwertungsgesellschaften***

Bereits Ende 2008 traten Vertreter der Verwertungsgesellschaften (kurz: VWG) an den Österreichischen Gemeindebund sowie an den Städtebund und an die Länder heran und forderten unter Hinweis auf die herrschende Lehre und der kürzlich ergangenen Rechtsprechung Verhandlungen über die Höhe der Abgeltung der von Schulerhaltern an die VWG zu leistenden urheberrechtlichen Vergütung für die Aufführung von Filmen und mit diesen verbundene Filmmusik. Zwar konnte bislang noch keine Einigung über die Höhe der Vergütung und der Art der Zahlungsabwicklung erzielt werden. Es zeichnet sich aber noch für das Frühjahr 2010 ein

für alle Beteiligte zufriedenstellendes Ergebnis ab.

### **Nationaler Aktionsplan für Integration**

Im April 2009 wurde von Frau Bundesministerin Dr. Fekter und dem Österreichischen Integrationsfonds die Steuerungsgruppe zur Erstellung eines „Nationalen Aktionsplan für Integration“ ins Leben gerufen, die mit hochrangigen Vertretern sämtlicher Ministerien und Bundesländer sowie verschiedenster Institutionen, wie Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund, besetzt ist.

Der Österreichische Gemeindebund ist in diesem Gremium durch Präs. Bgm. Schmid und Bgm. Rinke vertreten.

Ziel dieser Steuerungsgruppe sowie der parallel geführten Expertenrunden ist die gemeinsame Erarbeitung von Integrationsmaßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen.

### **Baukultur**

Der Österreichische Gemeindebund beteiligte sich an der Initiative „LandLuft09“, die vom Strukturausschuss sehr positiv beurteilt und begleitet wurde. Grundanliegen ist die Belebung von ländlichen Siedlungsräumen als Dorferneuerung im weitesten Sinn, nämlich die dem menschlichen Bedürfnissen angepasste Schaffung und Gestaltung von Lebens-

raum. Im Mittelpunkt soll der Mensch und seine Kultur stehen. Der Gemeindebund ist mit diesem Projekt ein wichtiger Kommunikator für die Bewerbung einer „neuen Philosophie für den ländlichen Raum“.

Im Jahr 2009 wurde daher der Wettbewerb „Österreichische Baukultur-gemeinde“ ausgelobt. Ein repräsentativer Querschnitt der teilnehmenden Gemeinden wurde am Gemeindetag in Lech präsentiert, die Ehrung der Preisträger fand am 5. November in Wien statt. 24 Gemeinden reichten ein, acht davon vermochten die von Univ.Prof. Roland Gnaiger (Kunstuniversität Linz) und Univ.Prof. Christoph Luchsinger (TU Wien) geleitete Jury besonders zu überzeugen und wurden ausgezeichnet. Die Stadt Haag, Haslach an der Mühl, Hinterstoder, Kals am Großglockner, Langenegg, Schlierbach, Schrems und Zwischenwasser konnten neben einer Urkunde auch ein Zusatzschild für die Ortstafel mit der Aufschrift „LandLuft Baukultur-Gemeinde Preisträger 2009“ mit nach Hause nehmen. Am Beginn von baukulturellen Prozessen stehen meist ökonomische oder soziale Veränderungen, die Kommunen vor große Fragen stellen, wie man am Beispiel der Hauptpreisträger-gemeinde Zwischenwasser sehen kann: Seit den 1980er Jahren reden, planen und arbeiten die Bürger bei der Gestaltung des Dorfes mit. In der Vorarlberger Gemeinde sind sämtliche Bereiche des Bauens von kulturellen Ansprüchen durchdrungen

worden. Die erste verdichtete Passivhaus-Siedlung Österreichs, die erste Solar-Schule Österreichs und der erste kommunale Lehmhausbau Österreichs sprechen für sich. Die in der Baukultur gebündelte Kompetenz rechnet sich durch höhere Lebenszyklen und regionale Wertschöpfung, schafft Werte und verbessert die Lebensqualität. Baukultur stärkt die Kommunikation in der Gemeinde und erhöht die Identifikation mit dem eigenen Lebensort. Am selben Tag wurde auch die Ausstellung eröffnet, die im November 2009 im Prechtlsaal der Technischen Universität zu sehen war und im Jahr 2010 auf Bundesländer-Tour gehen wird. Zur Ausstellung ist übrigens ein Handbuch erschienen, das eine neue Philosophie für den ländlichen Raum skizziert.

### **II/e Europäische Schwerpunkte**

#### ***Büro Brüssel***

Inhaltlich hat sich das Brüsseler Büro im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit dem Energie- und Klimapaket der EU-Kommission, den daraus resultierenden Vorschlägen für Rechtsakte und dem EU-Bürgermeisterkonvent für Energie auseinandergesetzt. Die Eröffnungszereemonie dieses Konvents fand am 10. Februar im Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Brüssel statt, an der die Gemeinden Munderfing, Wolfurt, Lasee und Laxenburg als ausgewählte Unterzeichner des Konvents teilnahmen.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Österreichischen Gemeindebund und den österreichischen Mitgliedern im Europäischen Parlament (EP) wurde weiterhin gepflegt. Der Österreichische Gemeindebund hat gegenüber den Mitgliedern des EP etwa die Bedenken zur Patientenrichtlinie artikuliert und Positionen zum Europäischen Wirtschaftsaufschwungsplan (European Recovery Plan) und zur Richtlinie (RL) für die Energieeffizienz von Gebäuden vorgelegt. Der Gemeinde- bzw. der Städtebund luden ebenfalls im Oktober die österreichischen Parlamentarier in Brüssel zu einem Arbeitssessen ein, um einerseits die neu gewählte Delegation zu begrüßen und teilweise kennenzulernen, und andererseits, um die Anliegen der Gemeinden ans Herz der europäischen legislativen Entscheidungsträger zu bringen.

Unter Federführung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat sich das Büro Brüssel am Konsultationsprozess der EU-Kommission zu den Grünbüchern zur Territorialen Kohäsion und zur Bewirtschaftung von Bioabfall beteiligt. Beim ersten der beiden Dokumente ist das Ziel die Erreichung einer Balance zwischen räumlicher, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Dadurch sind insbesondere die ländlichen Gemeinden betroffen. Weitere Themen während der tschechischen und schwedischen Ratspräsidentschaft waren selbstverständlich auch die Wahlen zum Europäischen

Parlament und der Ratifizierungsprozess des Vertrages von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 endlich in Kraft trat.

Direkte Anfragen an das Brüsseler Büro betrafen vor allem Fördermöglichkeiten im Bereich der Gemeindeparkpartnerschaftsprogramme der EU-Kommission, den EU-Bürgermeisterkonvent sowie die Herstellung von Kontakten in den Institutionen in Brüssel. Über die Vorbereitung und Koordination der AdR-Arbeit hinaus gab es auch punktuelle Kontakte mit den Landeseuropaabteilungen einzelner Bundesländer.

### ***Internationale kommunale Vertretungen***

Der Österreichische Gemeindebund ist in den internationalen Gremien und Vereinigungen im Berichtszeitraum wie folgt vertreten gewesen:

Ausschuss der Regionen AdR: Bgm. Erwin Mohr (Wolfurt) und VBgm. Marianne Fügl (Traisen) als Mitglieder sowie Bgm. Johannes Peinsteiner (St. Wolfgang/Wolfgangsee) als Stellvertreter.

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE): Bgm. Peinsteiner als neues Mitglied und Bgm. Mohr und VBgm. Fügl als Stellvertreter.

Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und die weltweite Union

der Städte und Gemeinden (UCLG): Bgm. Arnold Marbek (Poggersdorf, Kärnten) und Bgm. Peinsteiner.

### Ausschuss der Regionen

Die im April 2008 neu ernannten Mitglieder des Österreichischen Gemeindebundes haben ihre Arbeit im AdR weiterhin mit viel Elan und Interesse an dem legislativen Prozess der EU fortgesetzt. Bgm. a.D. Mohr hat den Gemeindebund im Präsidium des Ausschusses der Regionen sowie in der Fachkommission für nachhaltige Entwicklung (DEVE) vertreten, VBgm. Fügl ist in den Ausschüssen für nachhaltige Entwicklung (DEVE) sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik (ECOS) tätig gewesen. Außerdem ist Marianne Fügl seit letztem Frühling Berichterstatteerin über die Mitteilung der Europäischen Kommission „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen [...]“ gewesen, deren Bericht im Dezember-Plenum mehrheitlich angenommen und sie für ihre ausgezeichnete Arbeit gelobt wurde. Bgm. Peinsteiner hat seine Aktivitäten auf die Fachkommission für Kohäsionspolitik und Verkehr (COTER) konzentriert.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten zählten auch im Ausschuss der Regionen das Energiepaket und somit auch das Thema Energiestrategie und Energieleistung von Gebäuden. Auch die Patiensicherheit und die Rechte der Verbraucher wurden im AdR sehr intensiv erörtert,

da eine Vollharmonisierung der Standards nach Ansicht vieler mit dem Subsidiaritätsprinzip nicht vereinbar ist.

Bgm. Mohr hatte außerdem am 26. Mai 2009 die Möglichkeit, als Vertreter des Gemeindebundes und des RGRE am Strukturierten Dialog mit EU-Vizepräsidentin Wallström teilzunehmen und diese Sitzung zeitweise auch zu leiten. Der strukturierte Dialog ist ein Kommunikationskanal zwischen der Europäischen Kommission, dem Ausschuss der Regionen und den Verbänden der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Er ermöglicht und erleichtert die Konsultation der EU-Kommission mit den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in der prä-legislativen Phase der EU-Politik. Im Rahmen dieses Dialoges wurde die jährliche Strategieplanung der Europäischen Kommission für 2010 mit den Schwerpunkten wirtschaftlicher und sozialer Wiederaufschwung, Klimawandel und nachhaltige Entwicklung Europas erörtert. Mohr legte dabei die zwischen Gemeindebund und RGRE abgestimmten Positionen insbesondere zu den Themen Konjunkturpaket und Klimawandel dar.

### Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, KGRE

Vom 3. bis 5. März 2009 fand die 16. Plenartagung des KGRE in Straßburg statt. Die Schwerpunkte der Sitzung waren die euromediterrane Partnerschaft, so-

wie die Auswirkung der Finanzkrise auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie „Good Governance“ als Schlüssel zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen. In der Oktober-Plenartagung nahm Bgm. a.D. Erwin Mohr als stellvertretendes Mitglied an der Sitzung teil, bei der es grundsätzlich um die grenzüberschreitende Kooperation in Europa ging.

### Rat der Gemeinden und Regionen Europas, RGRE

Für den Gemeindebund ist der RGRE ein wichtiger Partner bei der Aufbereitung von europäischen Gesetzesvorhaben. Kommunalrelevante EU-Gesetzgebung wird geprüft, in den Arbeitsgruppen diskutiert und schließlich werden den europäischen Institutionen Änderungsvorschläge unterbreitet.

Der Europäische Dachverband der kommunalen Verbände hielt im letzten Jahr zwei Hauptausschusssitzungen ab, nämlich im April in Malmö und im Dezember in Berlin. Die erste Sitzung fand im Rahmen der Generalversammlung des RGRE statt, der auch als Europäischer Gemeindetag einer großen Anzahl an kommunalen Entscheidungsträgern die Möglichkeit des Diskurses über aktuelle Probleme ermöglicht.

Der Österreichische Gemeindebund nahm an dieser alle drei Jahre statt-

findenden Veranstaltung unter Führung von Präsident Mödlhammer, GS Hink und Bgm. Peinsteiner teil.

Bgm. Peinsteiner nützte die Gelegenheiten, um über gute Beispiele der kommunalen Praxis in den Bereichen Energieeffizienz und Klimaschutz zu referieren.

Bei der Hauptausschusssitzung in Berlin kam es zur Wahl des neuen Generalsekretärs des RGRE Frédéric Vallier, der ab Februar 2010 sein Amt antreten wird und somit der langen Ära von Jeremy Smith an der Führung des europäischen Dachverbandes ein Ende setzen wird.

#### Kommunale Fach- und Bildungsreisen nach Europa

Im Berichtszeitraum besuchten Kommunalvertreter und Schülergruppen die Vertretung des Österreichischen Gemeindebundes in Brüssel. Bei der ersten Kategorie handelte es sich dabei großteils um Bürgermeister, Gemeindemandatäre, aber auch Gemeindemitarbeiter, die des Öfteren in Begleitung ihrer Mitbürger eine Reise nach Brüssel organisierten, um ihren Wissenshorizont über die EU zu erweitern. Dementsprechend wurde etwa die Gemeinde Lochen aus OÖ im April (32 Personen) oder Journalisten und Kommunalmandatäre aus Schwechat in den Räumlichkeiten der Ständigen Vertretung Österreichs empfangen. Der Österreichische

Gemeindebund ist in Brüssel ebenfalls bei den Schüler- bzw. Studentengruppen sehr gefragt und somit organisieren wir Vorträge in denen wir sie über die wichtige Rolle der kommunalen Interessenvertretung in Brüssel aufklären und über die Lobbying-Aktivitäten berichten. In diesem Zusammenhang fand ein Treffen mit der Weinbauschule Klosterneuburg im Juli 2009 mit einer Delegation von 36 Personen im Brüsseler Büro des Gemeindebundes statt. Hier ist besonders anzumerken, dass die Schüler einerseits sehr viel Interesse an unseren Aktivitäten in Brüssel gezeigt haben, aber dass andererseits noch viele Wissenslücken in Bezug auf das politische System der EU präsent sind.

Die Bürgermeisterreisen in die EU-Hauptstädte führten im Mai nach Südböhmen und Prag sowie Mitte Oktober nach Stockholm und wurden an anderer Stelle bereits erwähnt.

#### Bilaterale Zusammenarbeit

Vom 1. bis 3. April 2009 fand in Rheine (Nordrhein-Westfalen) die dritte Konferenz der Verbände der kleineren und mittleren Städte und Gemeinden in Europa statt, um über das Thema „Kommunen und Europa“ zu diskutieren. Der DStGB hatte gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen zu dieser dreitägigen Konferenz eingeladen. Dort wurde vor allem die besondere Stellung, Bedeutung und Rolle der Gemeinden angesichts



der zunehmenden Globalisierung in der Europäischen Union hervorgehoben.

Im Übrigen konzentriert sich die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) weiterhin auf die Themen Daseinsvorsorge und ländlicher Raum.

Schlussendlich wurde im Juni, gemeinsam mit der Eurocommunale (DStGB + Städtetag + Landkreistag) und dem Verband der bayerischen Kommunen ein kommunaler Stammtisch des deutschsprachigen Raumes ins Leben gerufen. Dieser soll ermöglichen, dass die jetzt schon existierenden exzellenten Kontakte zu unseren deutschen Freunden weiterhin gepflegt werden, dass unsere Interessen besser artikuliert werden, und vor allem, dass wir den Informationsaustausch besser organisieren.

### Erhebung von Gemeindepartnerschaften, „Europa wächst in den Gemeinden“

Von März bis Juni 2009 fand in Kooperation mit dem Österreichischen Städtebund eine Erhebung der aktuellen kommunalen Partnerschaften statt. Dabei wurde Anzahl, thematische Ausrichtung und Intensität der Verschwiebungen erhoben, die österreichische Gemeinden mit Kommunen im Ausland unterhalten. Die Umfrage erfolgte über ein Online-Formular des KommunalNet und richtete sich an alle Gemeinden, auch an jene, die kei-

ne Partnerschaft haben. Ziel der Erhebung war es, eine vollständige Datenbank über die Gemeindepartnerschaften in Österreich anzulegen und regelmäßig zu warten. Die ersten Ergebnisse der Umfrage konnten im Dezember 2009 in einem Sonderheft des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa, das sich unter dem Titel „Europa wächst in den Gemeinden“ ausschließlich mit kommunalen Partnerschaften befasste, präsentiert werden.

### **II/f Presse**

---

Der Österreichische Gemeindebund ist ein wichtiges Sprachrohr der Kommunen in der Öffentlichkeit. Der öffentliche Druck hilft mit, die Interessen der heimischen Gemeinden auch gegenüber der Politik zu vertreten und durchzusetzen.

Dies geschieht durch Unterstützung zahlreicher Veranstaltungen, der Gemeindebund organisiert und führt zum Teil auch selbst Veranstaltungen zur Imagebildung durch. Darüber hinaus beteiligt sich der Gemeindebund an Kampagnen gemeinsam mit Partnern (Bundesministerien, Fonds Gesundes Österreich, Kuratorium für Verkehrssicherheit, ÖWAV, Klimabündnis, etc), aber er ist auch selbst Initiator von Events und Kampagnen. Bei der Beteiligung an Wettbewerben hat der Gemeindebund seine Rolle als Partner im Jahr 2009 stark eingeschränkt, um sich bei einigen weni-

gen Wettbewerben umso intensiver einzu- bringen. Die Vielzahl an Wettbewerben für Gemeinden auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene ist inzwischen inflationär und führt oft zu geringer Beteiligung der Gemeinden.

Zusätzlich informiert der Gemein- debund regelmäßig und aktuell mittels Aussendungen, Pressegesprächen und –konferenzen sowie den Organen des Österreichischen Gemeindebundes, der Homepage [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at), der Fachzeitschrift „Kommunal“ und auf [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at), der Web- und E-Govern- ment-Plattform der österreichischen Ge- meinden. Der Betrieb von zwei eigenen Teletext-Seiten auf ProSieben Austria (Seite 752 und 753) ist fixer Bestandteil der Öff- entlichkeitsarbeit.

### ***Pressekonferenzen und Pressemit- lungen***

Die Pressearbeit des Österrei- chischen Gemeindebundes ist von großer Vielfalt. Den wichtigsten Teil dieser Arbeit stellen die Kontakte zu Journalisten und re- gelmäßige Presseaussendungen und -kon- ferenzen dar. Über die Austria Presse Agen- tur (APA) haben tausende Journalisten, Institutionen und Pressestellen Zugang zu Informationen des Gemeindebundes, fast 900 Journalisten in ganz Österreich werden darüber hinaus regelmäßig per E-Mail und Newsletter über die Aktivitäten und Posi- tionen des Gemeindebundes informiert.

Dieser Aufwand schlägt sich in den Medi- en deutlich sichtbar nieder. Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes war im Jahr 2009 erneut medial deutlich präsenter als im Jahr davor. Nahezu täglich nimmt er in Print- und digitalen Medien Stellung zu gemeinderelevanten Themen. Das Jahr 2009 war diesbezüglich überaus intensiv, die Finanzkrise hatte auch in die- sem Jahr sehr vielfältige Auswirkungen auf die österreichischen Gemeinden, dem ent- sprechend hoch war die mediale Präsenz des Gemeindebundes auch zu diesen sehr schwierig zu kommunizierenden Themen.

Alle Pressemeldungen und –unter- lagen des Gemeindebundes stehen jeweils am gleichen Tag auf der Homepage [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) zur Verfügung. Zusätz- lich stellt der Gemeindebund auf seiner Homepage Audio-O-Töne zur Verfügung, die vor allem von regionalen Radiostati- onen sehr intensiv genutzt werden.

Der Österreichische Gemeindeg- tag, der 2009 in Lech am Arlberg statt- fand, war ein medialer Selbstläufer. In dut- zenden Berichten und Artikeln wurden die Probleme und Anliegen der Gemein- den im Umfeld des Gemeindetages the- matisiert.

### ***Wettbewerbe***

Preis der Kommunen - Wissenschaftspreis

Zum insgesamt sechsten Mal wur- de 2009 der „Preis der Kommunen“ in

Partnerschaft mit dem Städtebund vergeben, dieses Mal im Rahmen des wissenschaftlichen Symposiums im Wiener Rathaus am 5. November. Dieser Wettbewerb richtet sich an Nachwuchswissenschaftler sämtlicher Studienrichtungen an Universitäten und Fachhochschulen. Eingereicht werden können alle Diplom- oder Dissertationsarbeiten, die von kommunaler Relevanz sind. In Summe ist dieser Preis mit 7.000 Euro dotiert. Dabei wurden vier junge Wissenschaftler für ihre Arbeiten ausgezeichnet.

Die Arbeit von **DI Dr. Florian Heiler** etwa befasst sich mit den Entstehungsbedingungen innovativer und nachhaltiger Gesellschaftsentwicklungen in ländlichen Räumen. **Mag. Caroline Harlieb** wiederum untersuchte „Die Gemeinde im Verwaltungsverfahren im Hinblick auf die Parteistellung und Beschwerdelegitimation vor den Gerichtshöfen öffentlichen Rechts“. **DI Christian Hörbinger** verglich die „Entwicklungsmöglichkeiten historischer Stadtlandschaften“ und untersuchte dafür die Rahmenbedingungen und Perspektiven in den Städten Bern, Heidelberg und Salzburg. Das Ergebnis dieser Untersuchung sind drei Stärkeprofile der Städte, die in einem abschließenden Vergleich und einer Zusammenschau die zentralörtlichen Funktionen und den Verkehr sowie wirtschaftliche Attraktivität und Bevölkerung darstellen. **Mag. Dr. Johann Lefenda** wiederum betitelte seine Arbeit

„Bringing the Stadt back in - Stadtpolitik in Österreich und untersucht die Rolle von Städten als Keimzelle politischer und gesellschaftlicher Innovationen.

### „Verkehrssicherheitspreis 2009“

Das Thema der Verkehrssicherheit ist dem Österreichischen Gemeindebund ein wichtiges Anliegen. Dies belegen zahlreiche Aktionen und Kampagnen, die der Gemeindebund selbst oder in Kooperation mit Partnern durchgeführt hat.

Zwei Drittel aller Straßen Österreichs sind Gemeindestraßen. Die Hälfte bzw. mit Wien zwei Drittel aller Verkehrsunfälle mit Personenschaden ereignen sich im Ortsgebiet, die Anzahl der getöteten Kinder ist um 50 Prozent gestiegen.

Mit der Vergabe des „Verkehrssicherheitspreis 2009 - Aquila“, eine Kooperation des Gemeindebundes mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV), wurden besonders engagierte Projekte von Gemeinden vor den Vorhang geholt und ausgezeichnet.

Rund 30 Gemeinden haben 2009 ihre Projekte eingereicht, ausgezeichnet wurden Projekte der Gemeinden Hallein (Sbg), Langenegg (Vbg) und Geboltskirchen (OÖ). Der „Verkehrssicherheitspreis 2010“ wird in den kommenden Wochen erneut ausgeschrieben und soll im Juni in Wien verliehen.

### „Klimaschutzgemeinde Österreichs 2009“

Dieser Wettbewerb ist relativ neu im Portfolio des Gemeindebundes und wurde 2008 zum ersten Mal vergeben. In Partnerschaft mit dem Lebensministerium, dem Verbund-Konzern und der Kronenzeitung hat der Gemeindebund damit auf die zunehmende Wichtigkeit von Klimaschutzmaßnahmen in den Gemeinden reagiert. Mehr als 100 Gemeinden haben ihre Projekte eingereicht, das ist eine Steigerung von 20 % im Vergleich zur Erstauflage des Bewerbs. In einer glanzvollen Gala im Wiener Konzerthaus wurden im November 2009 Preisträger in drei Kategorien ausgezeichnet. Die Kategorien wurden neu definiert und zwar nach Größenklassen der Gemeinden, mit dem Ziel mehr Einreichungen auch aus kleinen Gemeinden zu erreichen. Diese Änderung erwies sich als erfolgreich, die Teilnehmerzahl stieg an. In der Kategorie der kleinen Gemeinden trug das burgenländische Strem den Sieg davon, bei den mittelgroßen Gemeinden gewann die Tiroler Gemeinde Virgen, bei den großen Gemeinden und Gemeindeverbänden waren die Gleisdorfer (Stmk) mit ihrem Klimaschutzprogramm erfolgreich. Die Freude war bei den Siegern riesig, auch die zweit- und drittplatzierten Gemeindevertreter strahlten, schließlich wurden Preisgelder von insgesamt 90.000 Euro ausgeschüttet.

Als Partner beteiligte sich der Gemeindebund darüber hinaus noch am

Wettbewerb „Wirtschaft in der Region“ und der „Baukulturgemeinde 2009“.

### **Publikationen**

Den Weg, mit Publikationen in Form von Broschüren und Büchern Österreichs Kommunen und die Öffentlichkeit zu informieren, geht der Österreichische Gemeindebund konsequent und erfolgreich weiter. Durch die 2003 geschaffene Kooperation RFG – „Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden“ liefern die Eigen-Publikationen des Gemeindebundes wertvolles Theorie-, Praxis- und Hintergrundwissen.

### KOMMUNAL – offizielles Fachmagazin

KOMMUNAL, das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden, liefert seit vielen Jahren Monat für Monat unverzichtbare kommunale Fachinformationen aus erster Hand. Die 35.000 wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger lesen KOMMUNAL nicht nur, sondern brauchen die Inhalte des Magazins für ihre tägliche Arbeit im Interesse der BürgerInnen. KOMMUNAL ist als Sprachrohr und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes ausschließlich den Interessen der Gemeinden verbunden, und zwar unabhängig von parteipolitischen Konstellationen. KOMMUNAL versteht sich als Wegweiser durch den Dschungel der Gesetze und Vorschriften und als seriöser und ehrlicher

Partner der Wirtschaft. Immerhin geben Österreichs Gemeinden laut Gemeindefinanzbericht Jahr für Jahr mehr als 15 Milliarden Euro aus und sind damit die mit Abstand größten öffentlichen Investoren des Landes. KOMMUNAL ist dort, wo kommunale Entscheidungsträger sind, bei Bedarf auch mit Sonderausgaben. Selbstverständlich ist KOMMUNAL auch im Internet auf [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at) vertreten, dort können die wichtigsten Artikel jeder Ausgabe nachgelesen werden.

### RFG, Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden – Fachzeitschrift in Kooperation mit MANZ; Kooperationen bei Publikationen werden vertieft

Als Ergänzung zum bewährten offiziellen Organ „KOMMUNAL“ hat der Gemeindebund in den letzten Jahren eine höchst erfolgreiche wissenschaftliche Publikationsschiene aufgebaut. Die im Traditionsverlag MANZ erscheinende Fachzeitschrift RFG (Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden) bündelt mit der Schriftenreihe, Büchern sowie Kongressen und Symposien alle relevanten Fachinformationen für Gemeinden. Fachexperten bieten zusammen mit Autoren aus der Gemeindepraxis verständliche Informationen, die in der täglichen Arbeit umgesetzt werden können.

Mehr als die Hälfte aller Gemeinden nützt bereits dieses erfolgreiche Serviceangebot, um sich mit rechtssicherer Information zu versorgen. Neben Ge-

meinden zählen auch Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte zu den Abonnenten. Die RFG-Publikationen sind der Fachwelt mittlerweile auch ein Begriff, in vielen Bereichen wurden Themen durch RFG-Schriftenreihen erstmals ausgiebig behandelt. Seit Februar 2004 sind auch alle Beiträge der RFG in der Rechtsdatenbank (RDB) enthalten und abrufbar, die RDB kann auch über [kommunalnet.at](http://kommunalnet.at) zu besonders günstigen Konditionen eingesehen werden.

### Schriftenreihe RFG – Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden

Eine wichtige Säule im RFG-Informationspaket, dem „Paket“ speziell für die Gemeinden, das Wissenschaft und Praxis gleichermaßen vereint, bleibt weiterhin die bekannte Schriftenreihe, die ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Verlag MANZ erscheinen. Im Jahr 2008 sind insgesamt vier Bände erschienen, die sich durch leichte Lesbarkeit, besondere Aktualität und sofortige Umsetzbarkeit der gebotenen Information auszeichnen. Die Themenbereiche sind breit gestreut und entsprechen den Bedürfnissen der Gemeindepraxis.

Die einzelnen Bände des Jahres 2009 der „Schriftenreihe Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden“ in Kürze:

- Band 1/2009: Held, Haushaltsführung und Verantwortung der Gemeindeorgane

- Band 2/2009: Hoffer/Huber/Noor/Reifberger/Rettenbacher/Schneider, Die Gemeinde und ihre straßenpolizeilichen Aufgaben (2. Auflage)
- Band 3/2009: Löwenstein, Die finanzstrafrechtliche Verantwortung der Gemeinde
- Band 4/2009: Riedl, Richtlinien für Finanzgeschäfte der Gemeinden
- Band 5/2009: Aicher-Hadler, Verantwortlichkeit bei Amtsmissbrauch und Korruption
- Band 6/2009: Enzinger, Mittelfristige Finanzplanung für Gemeinden

Alle Ausgaben der RFG-Schriftenreihe des Jahres 2009 (und alle Ausgaben seit 2001) stehen auch in digitaler Form auf [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) zum Download zur Verfügung.

### ***www.gemeindebund.at***

Die ständig steigenden Zugriffe auf die Seite [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) beweisen einerseits, dass das Interesse an kommunalen Themen steigend ist, andererseits auch, dass die Homepage auf modernstem Stand ist und sich leicht und übersichtlich bedienen lässt. Die Möglichkeit Artikel zu bewerten erfreut sich dauerhaft großer Beliebtheit und ist für den Gemeindebund ein wichtiger Indikator. Das Angebot, Neuigkeiten auch per RSS-Feed zu abonnieren wird gut angenommen. Interessierte Nutzer können sich online für einen Newsletter eintragen, der rund zwei

Mal monatlich über die wichtigsten kommunalen Themen informiert. Inzwischen haben mehr als 4.000 Personen dieses Service abonniert. Inzwischen verfügt der Gemeindebund auch über die Möglichkeiten Online-Umfragen über seine Homepage durchzuführen.

### ***www.kommunalnet.at***

Das Intranet- und E-Government-Portal des Gemeindebundes, seiner Landesverbände und der Kommunkredit Austria [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at) hatte 2008 ein schwieriges, aber erfolgreiches Jahr. Das Jahr 2009 stand im Zeichen der Konsolidierung, die hervorragend gelungen ist. Das Informationsangebot für Gemeinden wächst stetig, auch die Anwendungen, die Bund und Länder den Gemeinden zur Verfügung stellen, mehren sich. Derzeit sind – abhängig von der Berechtigungsstufe des einzelnen Nutzers – mehr als 80 behördliche und nicht-behördliche Anwendungen in das Portal integriert. Fast 1.900 registrierte Gemeinden nutzen das Portal, damit ist [kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at) das mit Abstand erfolgreichste kommunale Portal Österreichs.

Auch der Informationsteil bietet den Gemeinden höchste Professionalität und Qualität an Informationen an. Veranstaltungen wie etwa der Österreichische Gemeindetag oder die Kommunalen Sommergespräche wurden redaktionell vollständig über [Kommunalnet](http://www.kommunalnet.at) betreut. Jeden

Tag erscheinen am Portal topaktuelle Berichte, die für die heimischen Gemeinden von großem Interesse sind. Das Newslettersystem liefert den Gemeinden am Ende jeder Woche die wichtigsten Neuigkeiten direkt in die Gemeindestuben.

### ***www.gemeindetag.at***

Über die Internet-Seite [www.gemeindetag.at](http://www.gemeindetag.at) wurde auch 2009 die gesamte Anmeldung für den 56. Österreichischen Gemeindetag abgewickelt. Anmeldung und Hotelreservierung waren ausschließlich über diese Seite möglich. Diese Adresse wird jedes Jahr an den durchführenden Landesverband weitergegeben, auch das Anmeldeprogramm kann jedes Jahr vom jeweiligen Veranstalter genutzt werden, weil der Gemeindebund dafür die dauerhafte Lizenz erworben hat.

### Der Gemeindebund und seine Gemeinden im Teletext

Seit Herbst 2005 ist der Österreichische Gemeindebund in einem zusätzlichen Medium vertreten, dem Teletext von ProSieben Austria. Dem Gemeindebund stehen dort zwei Teletextseiten zur Verfügung, es handelt sich um die Seiten 752 und 753, die er selbst mit Inhalten befüllen kann. Dies geschieht im Durchschnitt im Wochenrhythmus, d.h. jede Woche gibt es zwei neue Meldungen, die für die Bürgerinnen und Bürger österreichischer Gemeinden relevant sind.

Darüber hinaus können bis zu 300 österreichische Gemeinden auch eine Teletext-Seite bei ProSieben in Anspruch nehmen. Ab der Seite 750 sind alle weiteren Seiten für die heimischen Gemeinden reserviert. Jede einzelne Seite hat bis zu fünf Unterseiten (Rollseiten), die von den Gemeinden direkt mit Inhalten (Bericht, Veranstaltungshinweise, etc.) befüllt werden können.

Bisher haben rund 80 Gemeinden eine entsprechende Vereinbarung mit ProSieben Austria unterzeichnet und ihre Seiten in Betrieb genommen.

Der Betrieb dieser Seiten ist für die Gemeinden kostenlos, die Resonanz ist überwältigend hoch. Das Projekt „Telegemeindetext“ wurde von ProSieben auch in Fernsehspots und der Fachzeitschrift „Kommunal“ beworben.

### Kooperation mit dem ORF

Im Frühsommer 2009 hat der Gemeindebund mit dem ORF eine erfolgreiche Kooperation mit dem Titel „ORF-Gemeindequiz“ durchgeführt.

In der Vorabendsendung „Frühlingszeit“ bzw. „Sommerzeit“ wurden jeden Tag jeweils zwei Gemeinden in Form eines Kurzfilms vorgestellt, anschließend konnten Zuschauer an einem Gewinnspiel teilnehmen. Rund 100 Gemeinden haben sich an dieser Aktion beteiligt.

### Kampagne „Meine Gemeinde sorgt dafür...“

Im Frühjahr 2010 soll die erfolgreiche Kampagne „Meine Gemeinde sorgt dafür...“ eine Neuauflage finden. Bei der Erstauflage konnten die Gemeinden fünf Plakatsujets bestellen, um sie in den Schaukästen der Gemeinde aufzuhängen.

Ziel der Aktion ist es darzustellen, welche Leistungen die Gemeinden für das

alltägliche Leben der Menschen erbringen und bei denen oft nicht bekannt ist, dass sie von der Gemeinde erbracht und bezahlt werden. Ebenso werden Mustertexte für die Gemeindezeitungen bereitgestellt. Mehrere hundert Gemeinden hatten sich an der Erstauflage beteiligt, die so ein Erfolg war, dass der deutsche Städte- und Gemeindebund erwägt, diese Kampagne zu kopieren und für Deutschland anzuwenden.



## III. Die Organisation des Österreichischen Gemeindebundes

### **III/a Gremien und Organe des Österreichischen Gemeindebundes aufgrund des neuen Vereinsstatuts**

Die satzungsgemäßen Organe des Österreichischen Gemeindebundes waren mit Stichtag **31.12.2009** wie folgt zusammengesetzt:

#### **Präsidium**

Das Präsidium besteht laut § 14 des Statuts aus dem Präsidenten, dem 1. und dem 2. Vizepräsidenten und den weiteren Landesobmännern. Der Generalsekretär und die ständigen Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes in den internationalen Gremien (Ausschuss der Regionen, Kongress der Gemeinden und Regionen Europas), soweit sie nicht Landesobmänner sind, gehören dem Präsidium mit beratender Stimme an.

#### Präsident:

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer (S)

#### 1. Vizepräsident:

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl (NÖ-VP)

#### 2. Vizepräsident:

Präs. LAbg. Bgm. Ernst Schmid (B-SP)

#### Weitere Mitglieder im Präsidium:

Mitglieder des Präsidiums neben Präsident und Vizepräsidenten als Obmänner der Landesverbände:

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits (B-VP)  
 Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak (NÖ-SP)  
 Präs. 2. LT-Präs. Bgm. Hans Ferlitsch (K)  
 Präs. Bgm. a.D. Franz Steininger (OÖ)  
 Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (St)  
 Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf (T)  
 Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold (V)

Mitglieder des Präsidiums mit beratender Stimme:

Generalsekretär vortr. HR Dr. Robert Hink  
 VPräs. Bgm. Erwin Mohr (AdR)  
 Bgm. Johannes Peinsteiner (KGRE)  
 VBgm. Marianne Fügl (AdR)

#### **Bundesvorstand**

Der neue Bundesvorstand besteht laut § 12 des Statuts aus 65 Mitgliedern, davon entfallen auf die Landesverbände 64 Sitze und ein Sitz auf den Generalsekretär. Folgende Mitglieder des Bundesvorstandes wurden dem Österreichischen Gemeindebund aufgrund des neuen Statuts bis 31.12.2009 nominiert:

#### Mitglieder Burgenland:

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits  
 VPräs. Bgm. Johann Schumich  
 Präs. LAbg. Bgm. Ernst Schmid  
 VPräs. LAbg. Bgm. Matthias Gelbmann

#### Mitglieder Kärnten:

Präs. 2. LT-Präs. a.D. Bgm. Hans Ferlitsch  
 VPräs. Bgm. Vinzenz Rauscher

VPräs. Bgm. Valentin Happe  
VPräs. Bgm. Arnold Marbek  
VPräs. NR Bgm. Maximilian Linder

Mitglieder Niederösterreich:

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl  
1. VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser  
LAbg. Bgm. Mag. Karl Wilfing  
Bgm. Otto Huslich  
Bgm. Manfred Marihart  
2. LT Präs. Bgm. Herbert Nowohradsky  
LAbg. Bgm. Ingeborg Rinke  
Bgm. Karl Stangl  
LAbg. Bgm. Ing. Franz Rennhofer  
Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak  
VPräs. LR a.D. Bgm. Fritz Knotzer  
GR Mag. Ewald Buschenreiter  
VBgm. Marianne Fül  
Bgm. Maurice Androsch  
LAbg. VBgm. Mag. Karin Renner

Mitglieder Oberösterreich:

Präs. Bgm. a.D. Franz Steininger  
VPräs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer  
VPräs. Bgm. Fritz Kaspar  
Bgm. RR Franz Dopf  
Bgm. Dir. Rudolf Fischerlehner  
Bgm. Bruno Fröhlich  
Bgm. Dir. Johann Meyr  
Bgm. Peter Oberlehner  
Bgm. Johannes Peinsteiner  
Bgm. Mag. Walter Brunner  
Bgm. Karl Staudinger  
LAbg. a.D. Bgm. Otto Weinberger

Mitglieder Salzburg:

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer  
VPräs. Bgm. Peter Mitterer  
Bgm. Rudolf Lanner  
BR Bgm. Ludwig Bieringer  
Bgm. Wolfgang Eder

Mitglieder Steiermark:

Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger  
VPräs. Bgm. Reinhard Reisinger  
Bgm. Robert Hammer  
Bgm. Engelbert Huber  
Bgm. Heinz Jungwirth  
LAbg. Bgm. Karl Lackner  
Bgm. Dir. Karl Pack  
Bgm. Erwin Puschenjak  
Bgm. Manfred Seebacher  
Bgm. Christoph Stark  
Bgm. Johann Urschler  
Bgm. Gerhard Weber

Mitglieder Tirol:

Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf  
VPräs. Bgm. Günter Fankhauser  
VPräs. Bgm. Rudolf Nagl  
VPräs. Bgm. Edgar Kopp  
LAbg. Bgm. Arno Abler  
Bgm. Rudolf Fröhlich  
Bgm. Johann Schweigkofler

Mitglieder Vorarlberg:

Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold  
VPräs. Bgm. Erwin Mohr  
VPräs. Bgm. Mag. Harald Sonderegger  
Bgm. Werner Walser

### ***Die Ausschüsse des Österreichischen Gemeindebundes:***

Laut § 21 des Stauts können vom Präsidium für die Beratung einzelner Fachgebiete Fachausschüsse gebildet werden.

Dementsprechend wurden die folgenden Ausschüsse des Österreichischen Gemeindebundes samt ihren Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden eingesetzt. Die Nominierung der weiteren Mitglieder erfolgte statutenkonform durch die Landesverbände:

#### Rechtsausschuss

Sbg. Vorsitzender:	Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer
Bgld. Stellv. Vorsitz.:	BH Bgm. Mag. Klaus Mezgolits
Bgld.	VPräs. Bgm. Günter Toth
Ktn.	Mag. Stefan Primosch
NÖ	Mag. Christian Schneider
	LABg. VBgm. Karin Renner
OÖ	HR Dr. Hans Gargitter
Stmk.	Bgm. Manfred Seebacher
Tirol	Dr. Helmut Ludwig
Vbg.	Bgm. Mag. Harald Sonderegger

#### Finanzausschuss

Tirol Vorsitzender:	Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
OÖ Stellv. Vorsitz.:	Präs. Bgm. a.D. Franz Steininger
Bgld.	Präs. Bgm. Leo Radakovits
	LABg. Bgm. Matthias Gelbmann
Ktn.	VPräs. Bgm. Valentin Happe
NÖ	Präs. LABg. Bgm. Mag. Alfred Riedl
	Präs. LABg. Bgm. Rupert Dworak
Stmk.	Präs. LABg. Bgm. Erwin Dirnberger
Sbg.	VPräs. Bgm. Peter Mitterer
Vbg.	Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold

### Ausschuss für Tourismus, Freizeit und Kultur

Vbg. Vorsitzender:	Bgm. Ludwig Muxel
Tirol Stellv. Vorsitz.:	Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
Bgld.	Bgm. Walter Temmel LAbg. Bgm. Christian Illedits
Ktn.	VPräs. Bgm. Vinzenz Rauscher
NÖ	LAbg. Bgm. Mag. Ingeborg Rinke Bgm. Maurice Androsch
OÖ	Bgm. Johannes Peinsteiner
Sbg.	VPräs. Bgm. Peter Mitterer
Stmk.	Bgm. Jürgen Winter
Tirol	VPräs. Bgm. Günter Fankhauser

### Ausschuss für Raumordnung und Struktur

Bgld. Vorsitzender:	Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits
OÖ Stellv. Vorsitz.:	VPräs. Bgm. Fritz Kaspar
Bgld.	Bgm. Friederike Reismüller
Ktn.	VPräs. NR Bgm. Maximilian Linder
NÖ	VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
Sbg.	Bgm. Wolfgang Eder
Stmk.	VPräs. Bgm. Christoph Stark
Tirol	Bgm. Edgar Kopp
Vbg.	VPräs. Bgm. a.D Erwin Mohr

### Europausschuss

NÖ Vorsitzender:	Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
OÖ Stellv. Vorsitz.:	Bgm. Johannes Peinsteiner
Bgld.	Präs. Bgm. LAbg. Leo Radakovits Präs. Bgm. LAbg. Ernst Schmid
Ktn.	Präs. 2.LT-Präs. Bgm. Hans Ferlitsch
NÖ	VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser
Sbg.	Bgm. Dr. Emmerich Riesner
Stmk.	Bgm. Max Haberl
Tirol	VPräs. Bgm. Günter Fankhauser
Vgb.	Bgm. Werner Strohmaier

### Umweltausschuss

Stmk. Vorsitzender:	Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
NÖ Stellv. Vorsitz.:	Bgm. Hermann Kühtreiber
Bgld.	LABg. Bgm. Wilhelm Heißenberger NR Bgm. Ing. Erwin Kaipel
Ktn.	LABg. Bgm. Jakob Straub
NÖ	LABg. Ing. Franz Rennhofer
OÖ	Bgm. Ing. Josef Moser
Sbg.	Bgm. Dr. Peter Brandauer
Tirol	Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf Bgm. Franz Troppmaier
Vbg.	Bgm. Ing. Rainer Siegele

### Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Bgld. Vorsitzender:	Präs. LAbg. Bgm. Ernst Schmid
Vbg. Stellv. Vorsitz.:	Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold
Bgld.	VPräs. Bgm. Johann Schumich
Ktn.	VPräs. Bgm. Hilmar Loitsch
NÖ	Bgm. Othmar Matzinger vakant
OÖ	Präs. Bgm. a.D. Franz Steininger
Sbg.	Bgm. Dr. Christian Stöckl
Stmk.	VPräs. Bgm. Reinhard Reisinger
Tirol	LABg. Bgm. Mag. Jakob Wolf

### ***Rechnungsprüfer***

Der Bundesvorstand wählte folgende drei Personen als Rechnungsprüfer.

- Bgm. a.D. Reinhold Fiedler
- Bgm. a.D. Dir. Hans Rauscher
- Bgm. Johann Oberlerchner

### ***Schiedsgericht***

Für das Schiedsgericht wurde vom Bundesvorstand der Vorsitzende und dessen Stellvertreter gewählt.

- Vorsitz: Univ.Prof. wHR i.R. Dr. Gerhart Wielinger, Graz
- StV.: Mag. Erich Trenker, St. Pölten

## **III/b Chronik der Organsitzungen 2009**

---

Im Jahr 2009 fanden unter Anführung der wichtigsten Beratungspunkte folgende Sitzungen statt:

### **1. Bundesvorstand**

#### 5. März 2009 in Linz:

Statutarische Aufgaben wie Anhörung des Rechnungsprüfberichts für das Finanzjahr 2008 und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, Festsetzung der Mitgliedsbeiträge 2009, Genehmigung des Voranschlages 2009 und des Jahresarbeitsprogrammes 2009 des Österreichischen Gemeindebundes, Österreichischer Gemeindetag 2009 in Salzburg, Kommunale Sommergespräche, Personalien-Ehrungen.

#### 17. September 2009 in Lech:

Finanzielle Lage der Gemeinden, Österreichischer Gemeindetag in Lech (Ablauf, Resolution), Kommunalcredit- Konsolidierung, Kommunalnet, Audit Familienfreundliche Gemeinde, Personalien- Ehrungen;

### **2. Präsidium**

#### 17. Februar 2009 in Wien:

Statutarische Aufgaben wie Beschluss des Arbeitsprogrammes und Vorberatung von Jahresvoranschlag und Rechnungsabschluss, Österreichischer Gemeindetag 2009 in Lech

#### 15. Mai 2009 in Prag:

Unterredung mit dem Minister für Regionalentwicklung Ing. Rostislav Vondruska und dem Senatspräsidenten der Tschechischen Republik Dr. Premysl Sobotka zu aktuellen europäischen Themen mit kommunalem Bezug.

#### 24. Juni 2009 in Oggau:

Vorbereitung der Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee, und des Österreichischen Gemeindetages in Lech, 10.-11. Sept. 2009

#### 16. Oktober 2009 in Stockholm (gemeinsam mit dem Europaausschuss):

Treasury-Richtlinien für Gemeinden, Rechnungshofkontrolle – Grundsatzpapier des Gemeindebundes, BAO Neu, Soziale Absicherung der Bürgermeister; Gedankenaustausch mit Vertretern des Schwedischen Verbandes der Kommunen und Landstinge über Gemeindefinanzierung, Integration, Kindergärten und Sozialdienstleistungen der Gemeinden

#### 27. Oktober 2009 in Wien:

Wirtschaftliche Lage der Kommunalcredit Austria AG (Strategische und operative Basis einer Kapitalaufstockung im Lichte der Beteiligung des Gemeindebundes)

#### 3. Dezember 2009 in Wien:

Vorberatung des Voranschlages 2010 und des Arbeitsprogrammes des Gemeindebundes, Österreichischer Gemeindetag

2010 in Graz, Service GmbH, Bericht des Geschäftsführers über den Verlauf des bisherigen Geschäftsjahres der Service GmbH

### **3. Direktoren und Landesgeschäftsführer**

12.-13. Jänner 2009 Trausdorf:

Klausur mit den Themen: Identität, Position, und Aufgaben des Österreichischen Gemeindebundes; Zusammenarbeit des Gemeindebundes und der Landesverbände

27. Jänner 2009 in Wien:

Vorberatung der bevorstehenden Bundesvorstandssitzung am 5. März 2009, Arbeitsprogramm 2009, Voranschlag, Österreichischer Gemeindetag 2009 in Lech am Arlberg, Nachbesprechung der Klausursitzung vom 12. und 13.1.2009

14.-15. April 2009 in Innsbruck:

Wissensmanagement, Kommunikation, Philosophie des Kompetenzerwerbes und des Teilens von Information, Technische Lösungen, Soziale Absicherung der Bürgermeister

27. April 2009 in Wien (gem. mit Städtebund und Gde.-Aufsichtsbehörden):

Präsentation der Studie „Kommunales Risikomanagement und aufsichtsbehördliche Kontrolle in Österreich“, Treasury für Kommunen, Maastricht – Statistik, Öster-

reichischer Stabilitätspakt, Wirtschaftsentwicklung, Prognose der Steuereinnahmen und Ertragsanteile, Finanz - Informationssystem für Gemeinden, Getränkesteuer - Rückzahlungsverfahren im Handel, Bundesabgabenordnung NEU

20. Oktober 2009 in Wien (gem. mit Städtebund und Gde.-Aufsichtsbehörden):

Entwicklung der Steuereinnahmen und Ertragsanteile, Österreichischer Stabilitätspakt, Maastricht – Statistik, Bevölkerungsstatistik – Finanzausgleich, Kommunales Finanz-Informationssystem, Quicktest, Bonitäts- und Risikoanalyse für Gemeinden, Treasury für Gemeinden

21.- 22. Oktober 2009 in Langenlois:

Klausur, Jahresprogramm 2010, Kommunikation

### **4. Rechnungsprüfer**

Prüfung des Rechnungsabschlusses:

30. Januar 2009

### **5. Sitzungen der Ausschüsse**

**Rechtsausschuss:**

28. April 2009 in Hallwang:

Filmaufführungen an Schulen – Vergütungsansprüche nach UrhG, Perspektiven in der Kinderbetreuung (Ausbildung Kindergartenpädagoginnen, Verpflichtendes Vorschuljahr, Gratiskindergärten), Aktu-

eller Stand Landesverwaltungsgerichte, StVO – Radarkontrollen

### ***Europaausschuss:***

14. Mai 2009 in Hluboká (Frauenberg CZ):

Europatag des OÖ Gemeindebundes gemeinsam mit dem Südböhmischen Gemeindebundes zum Thema kommunale Infrastruktur und Dienstleistungen auf dem Umweltsektor.

### ***Finanzausschuss:***

29. Oktober 2009 in Wien:

Arbeitsgruppen zur Umsetzung des Paktums zum FAG 2008, Finanzinformationssystem, Getränkeabgabe (Getränkeabgabe Handel – Bundesbeteiligung von 25%, Getränkeabgabe Gastronomie), Beschleunigtes Verfahren bei der Festsetzung von Einheitswerten (Pilotprojekte); Umsatzsteuerfragen im Zusammenhang mit Gratiskindergärten;

### ***Ausschuss für Tourismus, Freizeit und Kultur:***

9. Juni 2009 in Wien:

Tourismus - Modellregion Neusiedlersee (Zwischenbericht), Projekt „Klima Aktiv“ und Tourismus, Tourismus-Grundsatzpapier; Einsetzung einer Arbeitsgruppe Tourismus;

### ***Umweltausschuss:***

5. Februar 2009 in Wien:

Verpackungsverordnung Neu, Klimastrategie Österreichs zur Erreichung des Kyoto-Ziels

9. November 2009 in Wien:

Verpackungsverordnung Neu

## **III/c Österreichischer Gemeindebund Service GmbH**

---

Die im Jahr 2004 gegründete, 100%ige Tochtergesellschaft des Österreichischen Gemeindebundes, hat in diesem Jahr wieder einiges an projektbezogener Arbeit geleistet. Nach wie vor wickelt die Service GmbH sämtliche Geschäfte im Zusammenhang mit der Gemeindebund – MANZ Verlag Kooperation ab.

Der Österreichische Gemeindebund hat im Juli 2009 einen Fördervertrag mit der im Auftrag des Bundes tätigen Familien & Beruf Management GmbH über die operative-administrative Abwicklung als auch über die Öffentlichkeitsarbeit für das Audit „familienfreundliche Gemeinde“ abgeschlossen. Mit den Tätigkeiten des Österreichischen Gemeindebundes im Rahmen dieses Fördervertrages wurde die Österreichische Gemeindebund Service GmbH beauftragt.



Die Service GmbH verzeichnete im Berichtsjahr ertragsseitig Provisionen und Kostenersätze für Dienstleistungen (Vermittlungen, Umfrage bei Gemeinden), Autorenhonorare von MANZ und Kostenersätze für die Abgabe der RFG-Schriftenreihe. Dazu kamen noch Einnahmen für Leistungen für Kommunalnet und für die Durchführung des Audit zur „familienfreundliche Gemeinde“.

Im Bereich des Anlagevermögens gab es im Jahr 2009 keine Zugänge, dieses unterlag der jährlichen planmäßigen Abschreibung. Es wurde eine Rückstellung für Rechts- und Beratungsaufwand gebildet. Im Personalbereich gab es keine Veränderungen, daher bleibt GS Dr. Robert Hink weiterhin Geschäftsführer der Service GmbH.

Ein Geschäftsbericht zum Jahr 2009 samt Jahresabschluss wurde dem Beirat der Service GmbH, der aus den Obmännern der Landesverbände besteht, im Zuge einer Sitzung am 17. Februar 2010 vorgelegt und genehmigt.

Über den weiteren Geschäftsverlauf berichtet Generalsekretär Hink als Geschäftsführer laufend im Rahmen der Präsidiums-sitzungen des Gemeindebundes.

#### **III/d Kommunalkredit Austria AG**

Aufgrund seiner Gremienbeschlüsse aus den Jahren 2003 und 2005 ist der Öster-

reichische Gemeindebund Minderheitsaktionär bei der Kommunalkredit Austria AG mit einem Anteil von 0,22 % der Anteile. Nach der Finanzkrise war für die KKA im Jahr 2009 ein Jahr der Konsolidierung und Restrukturierung, die in einer von der Republik Österreich als Hauptaktionär maßgeblich forcierten Spaltung und der Erhöhung des Grundkapitals in der Höhe von 250 Mio. EUR mündete. Das Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes hat nach eingehender Prüfung die Politik des Bundes mitgetragen und sich an der Kapitalerhöhung beteiligt, sodass die strategische Beteiligung an der Bank mit kommunalem und infrastrukturnahen Kerngeschäft im bisherigen Anteil gesichert. Zu diesem Thema fand am 27.10.2009 eine eigens einberufene Sitzung des Präsidiums statt, an der die Mitglieder des Präsidiums vom KKA Vorstandsvorsitzenden Mag. Steinbichler über die bevorstehende Neuorganisation der Kommunalkredit und der dafür erforderlichen Kapitalaufstockung informiert wurde.

Über die Teilnahme des Gemeindebundes an der Kapitalaufstockung durch den Österreichischen Gemeindebund in der Höhe von 550.000 EUR wurde ein eigener Umlaufbeschluss gefasst, sodass der Österreichische Gemeindebund daher bei der ao. Hauptversammlung der Kommunalkredit am 17.11.2009 der erforderlichen Spaltung und Kapitalaufstockung zugestimmt hat. In einer offiziellen Informati-

on der KKA Ende November 2009 hieß es, dass die Bilanzsumme der neuen Kommunalkredit für das Kerngeschäft anfänglich bei 16 Mrd. EUR liegen wird und die Bank keine weiteren öffentlichen Zuschüsse benötigen wird.

### **III/e Generalsekretariat in Wien und Brüssel**

---

Die Arbeit des Generalsekretariates war im Berichtsjahr 2009 stark von den durch die Wirtschaftskrise hereinbrechenden finanziellen Problemen der Gemeinden und durch die Bildung der neuen Bundesregierung geprägt. Durch das Ausscheiden von Herrn Herbert Kamleitner wurden interne Umschichtungen der Verantwortlichkeiten erforderlich. Frau Petra Stossier übernahm die Büroleitung, die Übernahme des Projektes Audit familienfreundliche Gemeinde führte zur Einstellung einer weiteren Mitarbeiterin, Frau Mag. Nödl-Ellenbogen. Ein Ersatz für die ausgeschiedene Sachbearbeiterin Mag. Lingard konnte im Jänner 2010 mit Herrn Bakk. Konrad Gschwandtner MAS gefunden werden. Insoweit wurde das Team des Generalsekretariats auch im Berichtsjahr verjüngt. Die personelle Besetzung des Büros in Wien präsentiert sich der Aktualität halber mit 31.1.10 wie folgt:

- Dr. Robert Hink (Generalsekretär)
- Mag. Nicolaus Drimmel (Jurist, GS-Stellvertreter)
- Petra Stossier (Büroleitung)
- Daniel Kosak (Pressesprecher)
- Mag. Bernhard Haubenberger (Jurist, Sachbearbeitung)
- Mag. Anna Nödl-Ellenbogen (Audit familienfreundliche Gemeinde, seit 7.9.2009)
- Bakk. Konrad Gschwandtner, MAS (Sachbearbeitung, seit 4.1.2010)
- Marlies Nadlinger (Redakteurin)
- Beate Bauer (Finanz- u. Personaladministration)
- Sabrina Neubauer (Sekretariat)
- Blerda Arifi (Sekretariat)
- Sonja Aouida (Sekretariat)

### ***Gemeindebund-Außenstelle in Brüssel***

Im Brüsseler Büro gab es keine personelle Veränderung. Mit der gemeinsam mit dem Städtebund angestellten Sekretärin war das Brüssel-Büro daher mit Frau Sybille Schwarz im Sekretariat und Mag. Erwin Wetzel als interimistischer Büroleiter besetzt, der seit Anfang 2009 Frau Mag. Fraiße vorübergehend für die Zeit ihrer Mutter-Karenz ersetzt und bis März 2010 die Außenstelle führt.

## IV. Informations- und Serviceteil

### **IV/a Ehrentafel (Beschluss-Stand Dezember 2009)**

---

#### ***Ehrenpräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes***

Besonders verdienten Mitgliedern des Präsidiums des Österreichischen Gemeindebundes kann aus Anlass ihres Ausscheidens der Titel „Ehrenpräsident“ zuerkannt werden (§ 6/3 Statut).

- Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. OSR Ferdinand REITER, Wien
- Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. Mag. Franz ROMEDER, Schweigggers

#### ***Ehrenmitglieder des Präsidiums***

Dem Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes kann aus Anlass seines Ausscheidens aus dieser Funktion der Titel „Ehrenmitglied des Präsidiums“ zuerkannt werden (§ 6/2 Statut).

#### ***Träger des Ehrenringes des Österreichischen Gemeindebundes***

Personen, die sich um den Gemeindebund besondere Verdienste erworben haben, können durch die Überreichung des „Ehrenringes des Österreichischen Gemeindebundes“ ausgezeichnet werden (§ 7/2a Statut).

- Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. OSR Ferdinand REITER, Wien
- Präs. Bgm.a.D. Rudolf OSTERMANN, Kematen

- Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. Mag. Franz ROMEDER, Schweigggers
- Präs. Abg.z.NR. a.D. Bgm. a.D. Hermann KRÖLL, Schladming

#### ***Ehrenmitglieder des Österreichischen Gemeindebundes***

Personen, die sich um den Gemeindebund oder die Kommunalpolitik außergewöhnliche Verdienste erworben haben, können zu „Ehrenmitgliedern des Österreichischen Gemeindebundes“ ernannt werden (§ 6/1 Statut).

- LPräs.a.D. Bgm.a.D. ÖR Rudolf TILLIAN, Hermagor
- HR Dr. Friedrich LECHNER, Linz
- Präs. a.D. Bgm. a.D. Hubert WAIBEL, Wolfurt
- Präs. a.D. Bgm.a.D. Rudolf OSTERMANN, Kematen
- LPräs.a.D. Bgm. a.D. Hans SCHMIDINGER, Thalgau
- LH a.D. Dr. Josef KRAINER, Graz
- Präs. LPräs. a.D. Bgm. a.D. Alfred HAUFEK, Heidenreichstein
- Univ.-Prof. Dr. Hans NEUHOFER, Wels
- Präs. LPräs.a.D. Bgm. a.D. Mag. Franz ROMEDER, Schweigggers
- wHR i.R. Prof. Dr. Roman HÄUSSL, Aspangberg
- LPräsident Bgm. a.D. Walter PRIOR, Siegendorf
- Präs. LPräs. a.D. Bgm. a.D. Anton KOZUR, Groß Siegharts

- Präs. Bgm. a.D. Günther PUMBERGER, Eberschwang
- Präs. Bgm. a. D. Michael RÁCZ, Oberwart
- Präs. LAbg. a.D. Bgm. a.D. Franz RUPP, Höflein
- Bgm. a.D. Helmut LACKNER, Klagenfurt
- Dr. Franz HOCKER, Salzburg
- VPräs. Bgm. a.D. Franz NINAUS, St. Stefan ob Stainz
- VPräs. Bgm. a.D. Hans STEINER, Stuhlfelden
- Präs. Abg.z.NR. a.D. Bgm. a.D. Hermann KRÖLL, Schladming
- Dr. Klaus WENGER, Graz
- Abg. z.NR Bgm. a.D. HR Matthias ACHS, Gols
- Präs. Bgm. a.D. Bernd VÖGERLE, Gerasdorf
- Präs. a.D. Dipl.Vw. Bgm. Hubert RAUCH, Steinach am Brenner
- Präs. Bgm. a.D. Alfred HAUFEK, Heidenreichstein
- Präs. BR Bgm. a.D. Ing. Georg KERSCHBAUMER, Villach
- LADir. Präs. a.D. Bgm. a.D. wHR. Dr. Hermann ARNOLD, Mutters
- Dir. Dr. Kurt SOMMER, Bregenz
- VPräs. Bgm. a.D. Othmar KNAFL, Maria Saal
- Abg.z.NR. a.D. Bgm. a.D. Alfred ALCHINGER, Ried i.d. Riedmark
- wHR i.R. Prof. Dr. Roman HÄUSSL, Aspangberg
- LPräsident Bgm. a.D. Walter PRIOR, Siegendorf
- Präs. LPräs. a. D. Bgm. Anton KOZUR, Groß Siegharts
- Präs. Bgm. a.D. Günther PUMBERGER, Eberschwang
- Präs. Bgm. a. D. Michael RÁCZ, Oberwart
- Präs. LAbg. a.D. Bgm. Franz RUPP, Höflein
- Bgm. a.D. Helmut LACKNER, Klagenfurt
- Dr. Franz HOCKER, Salzburg
- VPräs. Bgm. a.D. Franz NINAUS, St. Stefan ob Stainz
- VPräs. Bgm. a.D. Hans STEINER, Stuhlfelden
- VPräs. LAbg. Bgm. a.D. Bernd STÖHRMANN, Mitterdorf/Mürztal
- Dir. a.D. Dr. Klaus WENGER, Graz
- Abg. z.NR Bgm. a.D. HR Matthias ACHS, Gols
- Präs. Bgm. a.D. Bernd VÖGERLE, Gerasdorf
- Präs. a.D. Dipl.Vw. Bgm. Hubert RAUCH, Steinach am Brenner

### ***Träger des Ehrenzeichens des Österreichischen Gemeindebundes***

Personen, die sich um den Gemeindebund oder um die Kommunalpolitik besonderer Verdienste erworben haben, können durch die Überreichung des „Ehrenzeichens des Gemeindebundes“ ausgezeichnet werden (§ 6/2b Statut).

- RgR Hans WURNITSCH, Schönberg
- RgR Franz WAGNER, Baden
- LPräs. Bgm. a.D. Hans SCHMIDINGER, Thalgau
- LH a.D. Dr. Josef KRAINER, Graz
- LPräsident Mag. Edmund FREIBAUER, Mistelbach
- RgR Hans WURNITSCH, Schönberg
- RgR Franz WAGNER, Baden
- LPräs. Bgm. a.D. Hans SCHMIDINGER, Thalgau
- LH a.D. Dr. Josef KRAINER, Graz
- LPräsident Mag. Edmund FREIBAUER, Mistelbach

### IV/b Trauer

---

**D**er Gemeindebund trauert um die Bürgermeisterin Sissy Roth-Halvax, die am 21. August des Berichtsjahres im Alter von 61 Jahren nach langer, schwerer Krankheit verstorben ist. Die langjährige Bürgermeisterin von Ma-

ria Lanzendorf war auch Landtagsabgeordnete, Bundesrätin und Präsidentin des Bundesrats. Sie war einige Jahre Mitglied der Delegiertenversammlung und des Bundesvorstands des Österreichischen Gemeindebundes. Der Gemeindebund wird ihr ein ehrendes Angedenken erhalten.

## IV/c Die Landesverbände des Österreichischen Gemeindebundes

---



### Burgenländischer Gemeindebund

Präs. LAbg. Bgm. AR Leo **RADAKOVITS**

LGf. Bgm. a.D. Matthias **HEINSCHINK**

Ing. Julius Raab Straße 7/17001 Eisenstadt

Tel.: 02682/799 34 oder 799 35, Fax: 02682/799-627

e-mail: post@gemeindebund.bgld.gv.at



### Verband sozialdem. Gemeindevertreter im Burgenland

Präs. LAbg. Bgm. Ernst **SCHMID**

LGf. Mag. Herbert **MARHOLD**

Perlmayerstraße 5, 7001 Eisenstadt

Tel.: 02682/775 255 oder 775 256, Fax: 02682/68105

e-mail: gvvgld@spoe.at



### Kärntner Gemeindebund

Präs. 2.LT-Präs. Bgm. Hans **FERLITSCH**

LGf. Mag. Stefan **PRIMOSCH**

Gabelsbergerstraße 5/1, 9020 Klagenfurt

Tel.: 0463/55 111, Fax: 0463/55 111-22

e-mail: gemeindebund@ktn.gde.at

**GVV**

volkspartei  
niederösterreich

### Verband NÖ. Gemeindevertreter der ÖVP

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred **RIEDL**

LGf. Mag. Christian **SCHNEIDER**

Ferstlergasse 4, 3109 St. Pölten

Tel.: 02742/9020-800, Fax: 02742/9020-880

e-mail: office@vp-gvv.at



### Verband der sozialdem. Gemeindevertreter in NÖ

Präs. LAbg. Bgm. Rupert **DWORAK**

LGf. GR Mag. Ewald **BUSCHENREITER**

Bahnhofplatz 10, Postfach 73, 3100 St. Pölten

Tel.: 02742/313 054, Fax: 02742/313 054-20

e-mail: office@gvvnoe.at



OBERÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

### Oberösterreichischer Gemeindebund

Präs. Bgm. a.D. Franz **STEININGER**  
LGf. HR Dr. Hans **GARGITTER**  
Coulinstraße 1, 4020 Linz  
Tel.: 0732/656 516 oder 656 517, Fax: 0732/651 151  
e-mail: post@ooegemeindebund.at



SALZBURGER  
GEMEINDEVERBAND

### Salzburger Gemeindeverband

Präs. Bgm. Helmut **MÖDLHAMMER**  
LGf. Dr. Martin **HUBER**  
Alpenstraße 47, 5020 Salzburg  
Tel.: 0662/622 325-0  
Fax: 0662/622 325-16  
e-mail: gemeindeverband@salzburg.at



### Steiermärkischer Gemeindebund

Präs. LAbg. Bgm. Erwin **DIRNBERGER**  
LGf. Dr. Martin **OZIMIC**  
Burgiring 18, 8010 Graz  
Tel.: 0316/822 079  
Fax: 0316/810 596  
e-mail: post@gemeindebund.steiermark.at



### Tiroler Gemeindeverband

Präs. Bgm. Mag. Ernst **SCHÖPF**  
LGf. Dr. Helmut **LUDWIG**  
Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck  
Tel.: 0512/587 130  
Fax: 0512/587 130-14  
e-mail: tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at



### Vorarlberger Gemeindeverband

Präs. Bgm. Mag. Wilfried **BERCHTOLD**  
LGf. Dr. Otmar **MÜLLER** und LGf. Peter **JÄGER**  
Marktstraße 51, 6850 Dornbirn  
Tel.: 05572/554 51  
Fax: 05572/554 51-93  
e-mail: vb.gemeindeverband@gemeindehaus.at





## IV/d Der Österreichische Gemeindebund

---



PRÄSIDENT Bgm. Helmut **MÖDLHAMMER**

GENERALSEKRETARIAT

Generalsekretär Dr. Robert **HINK**

Löwelstrasse 6, 1010 Wien

Tel.: 01/5121480, Fax: 01/5121480-72

e-mail: [oesterreichischer@gemeinebund.gv.at](mailto:oesterreichischer@gemeinebund.gv.at)

GENERALSEKRETARIAT-AUSSENSTELLE BRÜSSEL

Mag. Daniela **FRAISS** (derzeit karenziert)

Mag. Erwin **WETZEL** (Karenzvertretung)

Avenue de Cortenbergh 30, 1040 Brüssel

Tel.: 00322/28 20 680, Fax: 00322 - 28 20 688

E-Mail: [oegemeinebund@skynet.be](mailto:oegemeinebund@skynet.be)







Die Interessensvertretung  
für Österreichs Gemeinden

[www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)